



IG Metall fordert
5 Prozent und
Tarif für alle

Arbeitsmarkt Geflüchtete sind keine Konkurrenz für andere Arbeitssuchende

→ Seite 10

Technik So funktioniert ein 3-D-Drucker, und wo er schon eingesetzt wird

→ Seite 20

Bezirk

→ Seite 28

INHALT

- 4 **125 Jahre IG Metall** Beim ersten Streik in Ostdeutschland 1993 ging es um gleiche Arbeitsbedingungen in Ost und West.
- 6 **Kreuzung der Metaller** In Salzgitter dient eine Straßenkreuzung schon länger als Treffpunkt. Nun heißt sie auch so.
- 7 **Teebeutel aus eigener Herstellung** In Frankreich übernahmen Arbeiter nach 1336 Tagen ihre Fabrik selbst.
- 8 **Facility Management** Billigwettbewerb geht auf Kosten der Beschäftigten.
- 9 **DGB-Studie zur Arbeitszeit** Jeder Dritte arbeitet mindestens 45 Stunden pro Woche – zu viel für die Gesundheit.

Fünf Prozent mehr Geld und Tarif für alle

TITEL 12 Die IG Metall fordert in der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie fünf Prozent mehr Geld. Sie will außerdem erreichen, dass der Tarifvertrag wieder für mehr Beschäftigte gilt. In der ersten Verhandlungsrunde zeigten die Arbeitgeber, dass sie nichts davon halten. Es wird mehr als gute Argumente brauchen, um das Ziel zu erreichen.

Titelfoto: Wolfgang Zeyen

- 16 **Siemens** Der Konzern will 2000 Arbeitsplätze abbauen. Die Beschäftigten protestieren dagegen.
- 17 **Ruhrfestspiele** Das Festival an der Ruhr wurde vor 70 Jahren von Gewerkschaftern und Künstlern ins Leben gerufen.
- 18 **Kämpfer mit Herz** Daniel Kinnback ist seit seiner Geburt gehörlos. Nun hat er seinen Logistikmeister gemacht.
- 19 **Demokratieforscher** Alexander Hensel erklärt das politische Hoch der AfD.
- 20 **Flugzeugteile aus dem Drucker** Wie der 3-D-Druck die Arbeit bereits heute verändert.
- 22 **Recht so** Tjark Menssen vom DGB Rechtsschutz erklärt, was im Arbeitszeugnis stehen darf und was drin stehen sollte.
- 23 **Streik** Dirk Schumann von der IG Metall beantwortet Fragen rund um das Thema Streik.
- 24 **Ratgeber** Wie das neue Elterngeld Plus funktioniert und was es berufstätigen Eltern bringt.
- 25 **Rechtsschutz** 2015 hat der DGB Rechtsschutz bundesweit 126 576 Verfahren aufgenommen.
- 26 **Experten im Haus** Anlagenmechaniker montieren technische Anlagen und halten sie instand.
- 27 **Mehr Geld vom Staat** Die Regierung hat das BAföG für die Fortbildung zum Techniker, Meister und Fachwirt erhöht.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**
- 31 **Rätsel/Impressum**

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
17. März 2016



Foto: Michael Schlinke

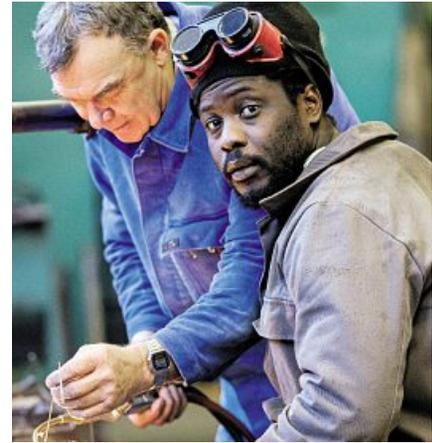


Foto: Jens Büttner/ZB/dpa/ra

Solidarität Französische Arbeiter besetzen ihre Fabrik und starten dann ihre eigene Teemarke. → Seite 7

Arbeitsmarkt metallzeitung sprach mit dem Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, über den Arbeitsmarkt. → Seite 10

LESERBRIEFE

Staat benachteiligt Väter

metallzeitung 3/2016

Grafik »Wachsende Entgeltlücke«

Ihre Grafik suggeriert die direkte Diskriminierung von Frauen. Dies ist aber nicht Fall, da eine Einstufung in großen Betrieben nach ERA erfolgt. Ob eine Stelle von einem Mann oder einer Frau besetzt wird, ist unerheblich. Die Grafik zeigt eigentlich nur, dass sich Männer eher qualifizieren und Qualifikation höher entlohnt wird. Wenn man anführt, dass Frauen ja die Kinder bekämen und durch diese Fehljahre einfach die Zeit zum Aufstieg fehlt, ist das schon ein Argument. Aber andererseits werden Väter in der Familienpolitik auch systematisch vom Staat benachteiligt. Rentenpunkte der Elternzeit werden immer der Mutter gutgeschrieben, auch wenn der Vater diese beantragt und erarbeitet hat.

Ulf Schlumbohm, per E-Mail

Kein Bedarf

metallzeitung 3/2016

»11 Prozent – Bevölkerung schrumpft« Solche Meldungen gehen immer wieder durch die Tagespresse und keine hat sich bisher bewahrheitet. 1987 hieß es in Prognosen, die auch die IG Metall veröffentlicht hat, die Bevölkerung (in der alten Bundesrepublik) schrumpfe bis 2020 um acht Millionen. Nach Prognosen von

1991 bestünde die gesamtdeutsche Bevölkerung 2040 aus 20 Millionen Menschen weniger als den aktuell 82 Millionen. Tatsächlich wächst die Bevölkerung mäßig – bei gleichzeitig enorm wachsendem Landschaftsverbrauch. Ich halte es für hochgefährlich, einen zusätzlichen Bedarf durch Einwanderung herbeizufantazieren. Die Bevölkerung würde dadurch nur weiter gespalten.

Werner Würch, Dettingen/Erms

Last wieder teilen

metallzeitung 3/2016

»Zusatzbeiträge zur Krankenkasse« Auf keinen Fall darf die Schere noch weiter auseinandergehen. Nur wenn die Last zu gleichen Teilen auf den Schultern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verteilt ist, wird manch ein Arbeitgeber umsichtiger mit der Gesundheit seiner Mitarbeiter umgehen.

Günter Knappstein, Dortmund

Ohne Waffen kein Krieg

metallzeitung 3/2016

»Interview mit Roland Kaiser« Roland Kaiser erwähnt, dass die Regierungspolitik die Ungleichheit verstärkt. Durch Waffenexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Wirtschaftspolitik werden Menschen zur Flucht gezwungen.

Rita Kring, Dresden



Illustration: Martina Hillemann



Foto: Claudio Divizia/PantherMedia

Vereinbarkeit Teilzeit-Elterngeld ist für alle, die im ersten Jahr nach der Geburt weiterarbeiten wollen. → Seite 24

Elf Prozent mehr mit Tarif Das gilt auch für die Beschäftigten der Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche. → Seite 26

FRAGE & ANTWORT

Kann ich als Rentner meinen Gewerkschaftsbeitrag steuerlich absetzen? Ingrid R., per E-Mail

Antwort: Gewerkschaftsbeiträge sind generell absetzbar. Auch für Rentnerinnen und Rentner. Leider erkennen die Finanzämter diese Beiträge nicht immer als Werbungskosten an. Ihre Begründung: Es gäbe keinen Zusammenhang zwischen Beiträgen und Rente.

Wenn das Finanzamt so argumentiert, sollten Betroffene sofort Einspruch einlegen. Die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main hat das Thema in einer Verfügung (Az. S 2212 – A-2 St II 27) auch für Rentner klar geregelt: Danach müssen Finanzämter die Beiträge anerkennen, weil die Tarifarbeit der Gewerkschaften wegen der jährlichen Rentenanpassung an die Lohnsteigerung mittelbar auch Rentnern zugute kommt.



Foto: Chris Schäfer/PantherMedia

Gewerkschaftsbeiträge sind auch für Rentnerinnen und Rentner von der Steuer absetzbar.

GEWONNEN

Februar-Rätsel

Lösungszahl: »29«

- Preis: Ingo Frommelt, Rinteln, 2. Preis: Andrea Ebert, Rabenau
3. Preis: Klaus Boschert, Appenweier

CDs und Konzerttickets Roland Kaiser

Je eine CD »Auf den Kopf gestellt« geht an:
Johannes Fuchsluger, Ziertheim, Anita Georgi, Schneeberg,
Inge Kersten, Gatersleben, Alfons Ullrich, Faulbach, Horst Zeidler, Raguhn-Jeßnitz

Je eine Konzertkarte für zwei Personen für die Tournee 2017 haben gewonnen:
Jens Heuschkel, Duisburg, Bettina Hoffmann, Leipzig, Alexander Knecht,
Stuttgart, Marianne Wiedenbusch, Bochum

EDITORIAL



Foto: Frank Kumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Mehr Geld und Tarifbindung

Tarifrunde In dieser Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie geht es nicht allein um Geld, es geht um mehr Gerechtigkeit.

Fünf Prozent mehr Geld. Das fordern wir für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Wir haben dafür gute Gründe: Die Wirtschaft wächst stabil, die Gewinne sind gestiegen. Die gute wirtschaftliche Lage liegt vor allem am gestiegenen Konsum. Mehr Geld für die Beschäftigten stützt diese wesentliche Säule des Wachstums auch 2016 und trägt damit auch zu einer weiter stabilen Beschäftigungslage bei. Kurzum: Die Argumente sind auf unserer Seite.

Die Arbeitgeber – wie soll es auch anders sein – kontern massiv. Sie halten unsere Forderung für einen »Höhenflug«. Wir würden unter »Realitätsverlust« leiden. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung titelt nach der Bekanntgabe unserer Forderung: »Lohnforderung der Metaller sorgt für Entsetzen«. Es sorgt eher für Entsetzen, wie die Arbeitgeberverbände – die doch so gern für sich in Anspruch nehmen, die Wirtschaft zu verstehen – aus kurzfristigen Eigeninteressen Wachstum und Beschäftigung gefährden wollen.

Es gibt keinen Grund, auf Lohnzurückhaltung zu setzen, aber viele Gründe dagegen!

Tarifbindung ist eine Gerechtigkeitsfrage Die Tarifrunde zielt auf eine gerechtere Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Wir erreichen damit unmittelbar die Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben. Das ist zu wenig. Daher wollen wir die Tarifbindung ausweiten. Unser Ziel ist, dass mehr Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie an Flächentarifverträge gebunden sind. Das ist nicht nur eine wichtige Machtfrage, das ist auch eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine mitgliederstarke Organisation. Wir gewinnen seit fünf Jahren Mitglieder hinzu. Die IG Metall wächst – das ist ein toller Erfolg. Wir dürfen uns darauf aber nicht ausruhen. Gerade jetzt in der Tarifrunde müssen wir unsere Stärke halten und ausbauen. Wir müssen deshalb neue Mitglieder überzeugen und gewinnen.

Mitgliederstärke, Tarifbindung und Beteiligung heißt das magische Dreieck, auf dem unsere Stärke beruht. Auch und gerade in dieser Tarifrunde!



Ihr 125-jähriges Jubiläum feiert die IG Metall in diesem Jahr. 1891 gründeten Metallarbeiter den Deutschen Metallarbeiterverband. metallzeitung erinnert an wichtige Ereignisse aus diesen 125 Jahren. Jens Rothe aus Zwickau erinnert an den Streik 1993 für gleiche Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland. Von Fabienne Melzer

Streik 1993: Zum ersten Mal die **Demokratie** geprobt

»Wir waren damals in dieser Aufbruchstimmung. In Zwickau zog VW eine komplett neue Autofabrik hoch. Gleichzeitig herrschte Unsicherheit. Wir wussten nicht, was passiert, wenn wir in den Arbeitskampf gehen. Innerlich steckten wir alle in diesem Spagat: Einerseits hatten wir Angst um unsere Arbeit, andererseits wollten wir gleiche Arbeitsbedingungen wie im Westen.

Hinzu kam: Wir hatten noch nie gestreikt. Wir wussten nicht, wie eine Gewerkschaft in der Marktwirtschaft arbeitet. Wir mussten erst lernen, dass man für seine Rechte aufstehen muss. Insofern war der Streik um den Stufentarifvertrag im Osten für uns eine Fortbildung mit hohem Praxisanteil.

Die Unsicherheit war das eine, die Ungerechtigkeit, die viele empfanden, das andere. Die Arbeitgeber hatten den Tarifvertrag einseitig gekündigt. Das hatte es auch im Westen bis dahin nicht gegeben. Die Leute wollten sich wehren und taten es auch. Am Ende hatten wir das Gefühl, zum ersten Mal Demokratie gelebt zu haben, und zwar mit Erfolg. Unser Selbstbewusstsein ist damals enorm gestiegen.«

Zerreißprobe An seinen inneren Spagat – sich nicht alles gefallen lassen zu wollen und nicht zu wissen, was man mit einem Streik riskiert – erinnert sich Jens Rothe, Betriebsratsvorsitzender bei VW in Zwickau, noch heute. Er war 1993 bereits seit zwei Jahren Betriebsrat bei VW, als die Arbeitgeber den Stufentarifvertrag für die neuen Bundesländer kündigten. 1991 hatte

die IG Metall mit den Arbeitgebern vereinbart, die Arbeitsbedingungen im Osten stufenweise bis 1994 an den Westen anzugleichen. Als die dritte Stufe zum 1. April 1993 anstand, kündigten die Arbeitgeber den Tarifvertrag mit der Begründung, ihn unter anderen Bedingungen abgeschlossen zu haben. Stefan Kademann, Geschäftsführer der IG Metall-Geschäftsstelle in Zwickau, übersetzt es so: »Als sie den Tarifvertrag abschlossen, hatten sie nicht damit gerechnet, dass die Industrie so zusammenbricht, wie es 1993 geschah.«

Die IG Metall entschied sich für Streik und rief zur Urabstimmung auf. In allen ostdeutschen Tarifgebieten stimmten zwischen 80 und 90 Prozent der Mitglieder dafür. Der Streik begann am 3. Mai in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt beteiligten sich 30 000 Beschäftigte aus 75 Betrieben.

Nach 14 Tagen endete der Streik mit einer Schlichtung. IG Metall und Arbeitgeber hatten sich geeinigt, die Angleichung an den Westen bis 1996 zu strecken, und eine Härtefallklausel vereinbart. »Das war im Grunde ein Vorläufer des Pforzheimer Abkommens«, sagt Stefan Kademann. Die Arbeitgeber hatten zum ersten Mal das Ziel, auf betrieblicher Ebene von Tarifverträgen abzuweichen, zum Arbeitskampftema gemacht. Sie konnten aber nicht durchsetzen, es ohne die Tarifvertragsparteien zu machen. Die Mitglieder waren begeistert. »Als der Bezirksleiter das Ergebnis verkündete, wurde er mit Standing Ovations beklatscht«, erinnert sich Stefan Kademann.

Zwei Wochen lang streikten Metallerrinnen und Metaller 1993 in Ostdeutschland für ihren Übergangstarifvertrag, wie hier in Merseburg.





Foto: Waltraud Grubitzsch/dpa/pa



Cartoon: Stephan Rürup

Kreuzung der Metaller und Metallerinnen

Treffpunkt und Versammlungsort ist sie schon lange, diese Kreuzung in Salzgitter: In der vergangenen Tarifrunde versammelten sich hier, wie auf dem Foto zu sehen, Tausende Metallerinnen und Metaller. Mit einem provisorischen Schild wurde der Platz damals als »Kreuzung der Metaller und Metallerinnen« markiert – nun ist aus dem Provisorium amtliche Realität geworden: In seiner Sitzung am 25. Februar 2016 hat der Rat der Stadt Salzgitter offiziell die Umbenennung der Kreuzung, in die die Straßen Industriestraße Mitte, Heinrich-Büssing-Straße, Eisenhüttenstraße und Linke-Hoffmann-Busch-Straße münden, beschlossen. »Die Kreuzung ist für uns mehr als ein Platz der Zusammenkunft«, sagt Wolfgang Räschke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine. »Mit diesem Namen ist er nun auch unsere Verpflichtung.«



Foto: IG Metall

Startpunkt für Demonstrationen: Die »Kreuzung der Metaller und Metallerinnen« in Salzgitter.

Schwere Vorwürfe gegen Playmobil Die Vorbereitungen zur Neuwahl eines Betriebsrats bei Geobra Brandstätter verliefen alles andere als reibungslos. Beim Hersteller der bekannten Playmobil-Figuren häuften sich zuletzt unschöne Vorkommnisse. So tauchten beispielsweise anonyme Flugblätter auf, die die IG Metall diffamierten. Nach Einschätzung von Reiner Gehring, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Westmittelfranken, versucht das Management, ihm wohlgesonnene Köpfe ins Amt zu hieven. Auch hat das Unternehmen ein Gerichtsverfahren gegen Gehring angestoßen. Vorwurf: Er habe den Betrieb unberechtigt betreten. Gehring will beweisen, dass dies nicht stimmt. Dennoch gibt es aus Sicht der Beschäftigten jetzt einen ersten Erfolg zu vermelden: Bei einer Betriebsversammlung vor rund zwei Wochen wählte die Belegschaft den wichtigen Wahlvorstand – und alle fünf Mandate gingen an IG Metall-Mitglieder. Mehr zum aktuellen Stand: igmetall.de



Foto: Eiteme MENAGER/PantherMedia

Beim Playmobil-Figuren-Hersteller Geobra Brandstätter verliefen die Vorbereitungen zur Betriebsratswahl alles andere als reibungslos.

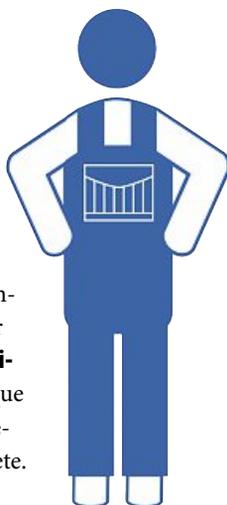
11.4.

Stahl-Aktionstag Die Stahlbeschäftigten wollen auf einem bundesweiten Aktionstag der IG Metall am 11. April für die Zukunft der deutschen Stahlstandorte und -betriebe protestieren. Schwerpunkte der Aktionen sind Duisburg, Berlin und das Saarland. Die Stahlwerker fordern von den Politikern in Brüssel und Berlin, die Reform des **Emissionsrechtehandels** so zu gestalten, dass sie die europäische Stahlproduktion, die die umweltfreundlichste weltweit ist, nicht durch übermäßige Belastungen gefährdet. Sie fordern, dass die Politik die europäischen Hersteller vor dem wettbewerbsverzerrenden **Preisdumping** durch China schützt, der europäische Standorte massiv bedroht. Außerdem fordern die Metallerrinnen und Metaller, dass der in den Werken selbst erzeugte **Strom** weiter von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz befreit bleibt. In der deutschen Stahlindustrie arbeiten rund 85 000 Menschen. Zigtausende weitere Arbeitsplätze hängen indirekt vom Stahl ab. Aktuelle Informationen und Bilder findet Ihr unter:

► igmetall.de/stahl-ist-zukunft

► [facebook.com](https://www.facebook.com) → Suche Gruppe: Stahl ist Zukunft

Faire Blaumänner Die IG Metall Schweinfurt beteiligt sich an einer regionalen Initiative des DGB für fair produzierte Arbeitskleidung. Zurzeit erfragt sie bei Betriebsräten, wo und unter welchen Bedingungen die Arbeitskleidung Schweinfurter Firmen produziert wird. Anlass war der Besuch des Präsidenten der **Textilarbeitergewerkschaft Bangladesch** Amirul Haque Amin, der von unmenschlichen Arbeitsbedingungen in seinem Heimatland berichtete.



Junge in Sorge

Rente unsicher Junge Leute sorgen sich wie keine andere Altersgruppe um die Zukunft der Renten. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Instituts TNS Infratest für die IG Metall. 73 Prozent der 18- bis 34-Jährigen glauben nicht, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente einmal gut leben können. Insgesamt schauen die Bürgerinnen und Bürger kaum weniger pessimistisch in ihre Zukunft: 64 Prozent teilen die Sorgen der Jungen. Die IG Metall sieht sich durch diese Ergebnisse bestätigt, dass das Rentenproblem dringend angegangen werden muss. Sie will bald ein eigenes Konzept für eine auskömmliche Rente vorstellen. Vor der Bundestagswahl 2017 wird sie klare Forderungen an die Politik stellen. Aktuelle Informationen zur Rentenpolitik der IG Metall:

► gut-in-rente.de

Arbeiter übernehmen Fabrik und starten eigene Teemarke

1336 Tage, fast vier Jahre lang, haben sie ihre Fabrik besetzt und sich gegen die Schließung gewehrt. Am Ende haben die Beschäftigten der Teefabrik des Unilever-Konzerns (Lipton) im südfranzösischen Gémenos den Laden einfach selbst übernommen – und ihre eigene Teemarke »Scop Ti« gestartet.

»Uns war vom ersten Tag an klar, dass wir bis zuletzt kämpfen werden«, sagt Olivier Leberquier, einer der drei Geschäftsführer der neu gegründeten Scop-Ti-Arbeitergenossenschaft. »Wir kannten ja die Unternehmenszahlen. Wir wussten, dass Unilever satte Gewinne macht und uns systematisch ausbluten lässt. Und wir sagten: So nicht!«

Mit Unterstützung der Gewerkschaft CGT kämpften sie im Betrieb, auf der Straße, vor Gericht und gingen bis nach Paris zu Präsident Hollande. Sie wehrten sich gegen die Anwälte und die Schläger der Direktion. Und sie entwickelten ein eigenes Konzept zur Fortführung ihrer Fabrik.

Am Ende musste der große Unilever-Konzern klein begeben. Er überließ den verbliebenen Beschäftigten alle Maschinen und zahlte 20 Millionen Euro – das Startkapital für die neue Genossenschaft.

Jetzt sind die 60 Beschäftigten ihr eigener Chef – und produzieren ihren eigenen Tee: Er heißt »1336« – in Erinnerung an die Tage ihres Kampfs. Und sie bleiben ihrem Motto treu: »engagé sur l'humain« – »dem Menschen verpflichtet«. Ihr Tee besteht zu 100 Prozent aus natürlichen Zutaten aus fairem Handel, unter anderem von einer vietnamesischen Arbeiterkooperative.

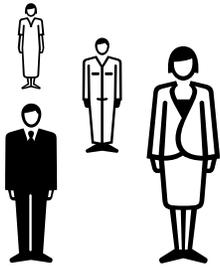
Einige französische Supermärkte haben »1336« ins Programm genommen. In Deutschland gibt es den Tee nur über einen französischen Internethändler: Hintergrund und Interview:

► igmetall.de/scopti

»1336« heißt der Tee aus Südfrankreich. So lange kämpften die Beschäftigten um ihre Fabrik, bis sie sie am Ende selbst übernahmen.



Zahlen und Fakten



Höhere Quoten

Wenn alle Branchen, für deren Beschäftigte die IG Metall zuständig ist, eine so hohe Ausbildungsquote hätten wie der Maschinenbau, gäbe es rund 60 000 Ausbildungsplätze mehr. Immer noch gehen Zigtausend Jugendliche bei der Suche nach Ausbildungsplätzen leer aus.

5,2 Mio

Millionen für Rente

Jeder Achte, der Beiträge in die Rentenversicherung einzahlt, hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Seit 2013 wuchs die Zahl der ausländischen Beitragszahler laut Rentenversicherung um knapp eine halbe Million auf 5,2 Millionen.

27,9 %

Weite Arbeitswege

Mehr als drei Millionen Berufstätige pendeln zu ihrem Arbeitsplatz in ein anderes Bundesland, zeigt eine DGB-Analyse. Zwischen 2004 und 2014 ist die Zahl der Fernpendler um 27,9 Prozent gestiegen.

Unfaire Löhne und viel Stress in der Haustechnik

Billigwettbewerb im Facility- und Industrieservice geht auf Kosten der Arbeitnehmer. Das zeigt eine Umfrage unter 2700 Beschäftigten.

Nur rund 24 Prozent der Beschäftigten im Facility- und Industrieservice fühlen sich angemessen bezahlt. Das zeigt eine Umfrage der Gewerkschaften IG Metall, Verdi, IG Bau und NGG unter 2700 Beschäftigten aus rund 300 Betrieben.

Zwei Drittel der Beschäftigten sind gehetzt und unter Zeitdruck. 94 Prozent machen Überstunden. Dazu kommen Wochenendarbeit, dauernde Erreichbarkeit, und ungesunde Arbeitsbedingungen.

Etwas besser ist es nur in Betrieben mit Betriebsrat. Vor allem gibt es hier eine deutlich bessere Arbeitssicherheit und deutlich mehr Weiterbildung.

Immer billiger Das wesentliche Problem ist der harte Wettbewerb, der voll auf Kosten der Beschäftigten geht. Das sehen auch 81 Prozent der Beschäftigten so. Die Facility-Unternehmen bekommen ihre Aufträge über Werkverträge von der Industrie, die immer weiter die Preise drückt.

»Alle zwei, drei Jahre, wenn es um die Vertragsverlängerung geht, fordert der Arbeitgeber, dass wir auf etwas verzichten«, kritisiert Hans Kronester, Betriebsrat beim Airbus-Dienstleister Bilfinger HSG Facility Management im bayerischen Ottobrunn. »So gibt es immer weniger Lohn, kein 13. Monatsgehalt und keine Betriebsrente mehr. Und auch das Qualifikationsniveau geht nach unten.«

Gewerkschaften kooperieren IG Metall, Verdi, IG Bau und NGG wollen nun gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen antreten. Ziel sind tarifliche Mindeststandards, damit der Wettbewerb über bessere Qualität statt über billigere Arbeit läuft. Dazu trafen sie sich mit 120 Betriebsräten bei der IG Metall in Frankfurt.

»Ein Branchentarifvertrag würde die Abwärtsspirale endlich stoppen«, hofft Kronester. »Im Moment finden sie immer einen, der es noch billiger macht.«

Hintergründe und ausführliche Daten zur Befragung gibt es unter:

► fokus-industrienahe-dienstleistungen.de



Foto: isafix/PantherMedia

Zurück zum Hausmeister? Der Billigwettbewerb drückt auch die Qualifikation nach unten.

Hölzer bekommen mehr Geld

In der Holz- und Kunststoffindustrie gibt es jetzt auch Altersteilzeit

Mehr Geld und Anspruch auf Altersteilzeit – dieses Ergebnis erzielte die IG Metall für die Beschäftigten der Holz- und Kunststoffindustrie. Die Entgelte steigen zum 1. Mai 2016 um 2 Prozent und zum 1. Juli um weitere 1,7 Prozent. Außerdem einigten sich IG Metall und Arbeitgeber auf einen Demografietarifvertrag, der den Beschäftigten Altersteilzeit ermöglicht. Pro Jahr und Beschäftigten zahlen die Arbeitgeber in einen Fonds 300 Euro ein.

Darauf verständigten sich die Tarifvertragsparteien mit kleineren regionalen Abweichungen bis Redaktionsschluss in Baden-Württemberg, Westfalen-Lippe, Nieder-

sachsen und Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. In Westfalen-Lippe konnte die IG Metall zudem endlich die Übernahme der Auszubildenden erreichen. In allen anderen Tarifgebieten war sie bereits geregelt. Die Altersteilzeit wollten die

Arbeitgeber lange Zeit verhindern. Sie lehnten sie – vor allem politisch motiviert – ab. Für die Arbeitgeber galt die Devise, wer nicht mehr leistungsfähig sei, könne gehen. Den Erfolg erkämpften sich die Beschäftigten mit zahlreichen Warnstreiks. Bis Mitte März waren mehr als 8200 Kolleginnen und Kollegen im Warnstreik. Für manche Betriebe war es der erste Warnstreik in ihrer Geschichte.

In Hessen und Sachsen gab es zum Redaktionsschluss noch kein Ergebnis. Die Arbeitgeber verweigerten noch immer die Übernahme. Für Sachsen ist die dritte Verhandlung für den 5. April geplant.



Foto: Fotoal/PantherMedia

In der Holz- und Kunststoffindustrie gibt es mehr Geld.



Foto: Diego Cervo/PantherMedia

Müde und ausgezehrt: Überlange Arbeitszeiten sind mit einem erhöhten Risiko für gesundheitliche Beschwerden verbunden.

Warum Arbeit **Grenzen** braucht

Gesundheitsschutz Die Ergebnisse sind alarmierend: Laut einer Studie zum DGB-Index Gute Arbeit arbeitet jeder dritte Vollzeitbeschäftigte 45 Stunden pro Woche und mehr. Das aber hat gesundheitliche Folgen.

Am Anfang, sagt Thomas Urbanek, habe er gedacht, er könne das locker wegstecken. Die Auftragsbücher im Betrieb waren voll, sein Arbeitgeber, Schedl Automotive, bezahlte Überstunden, warum also nicht länger arbeiten, 40, 45, gar 50 Stunden in der Woche? Was soll daran so schlimm sein?

Schlimm war zu Beginn gar nichts, das kam erst später, und als es dann da war, wusste Thomas Urbanek, dass er mit seiner Gesundheit gespielt hatte. Dass überlange Arbeitszeiten krank machen. »Ich konnte nicht mehr abschalten, fühlte mich wie gerädert«, sagt der 31-Jährige. »An manchen Tagen bin ich zehn Stunden Gabelstapler gefahren. Wenn ich abends nach Hause kam, war ich total kaputt und verspannt. Für Freunde und Familie gab es keine Zeit.«

Thomas Urbanek ist kein Einzelfall. Überlange Arbeitszeiten, das ergab jüngst eine Studie des Instituts DGB-Index Gute Arbeit, sind keine Seltenheit: Wie die Auswertung zeigt, arbeitet jeder dritte Vollzeitbeschäftigte in Deutschland 45 Wochenstunden und mehr. Etwa jeder sechste arbeite sogar mehr als 48 Stunden pro Woche und überschreite damit die im Arbeitszeitgesetz festgelegte maximale

Wochenarbeitszeit. Insgesamt 60 Prozent aller Beschäftigten arbeiten regelmäßig länger, als es im Vertrag steht, und keineswegs immer wird diese Arbeit bezahlt. Die Studie zeigt: Je länger die tatsächliche Arbeitszeit ausgedehnt wird, desto häufiger arbeiten die Beschäftigten zum Nulltarif.

Große Belastungen Das aber hat Folgen: Je länger täglich und wöchentlich gearbeitet wird, desto stärker steigt das Risiko für die Beschäftigten, zu erkranken oder einen Arbeitsunfall zu erleiden. Das ist keine subjektive Annahme, das ist objektiv nachgewiesen: Arbeitswissenschaftlich ist belegt, dass es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen überlangen Arbeitszeiten auf der einen und dem Auftreten gesundheitlicher Beschwerden wie Rückenschmerzen und Schlafstörungen auf der anderen Seite.

Lange Arbeitszeiten, das zeigen Studien, sind grundsätzlich mit einem erhöhten Risiko für gesundheitliche Beschwerden verbunden. Mit jeder Stunde Arbeit steigt der Belastungsgrad, dem ein Beschäftigter ausgesetzt ist, an. Eine dauerhafte Beanspruchung der Leistungsreserven kann aber zu chronischer Ermüdung oder etwa zu

Herz-Kreislauf- oder Magen-Darm-Erkrankungen führen. »Die Ergebnisse des DGB-Indexes sind alarmierend«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Die Arbeitszeit muss wieder auf ein gesundheitsverträgliches Maß reduziert werden.« Deshalb gehöre sie ganz oben auf die Agenda des Arbeitsschutzes. Da seien Betriebe, Fachkräfte und Betriebsräte gleichermaßen gefordert. »Es gibt viel zu wenig Gefährdungsbeurteilungen und noch weniger, die Arbeitszeiten bewerten und Maßnahmen festlegen.« Der Schutz der Gesundheit brauche Regeln: »Zeiten müssen erfasst, Höchstgrenzen beachtet, Pausen eingehalten werden«, sagt Urban. Aber auch die Beschäftigten seien gefordert, selbstständig der Kultur des uferlosen Arbeitens und der ständigen Erreichbarkeit Grenzen zu setzen.

Klare Regeln bei der Arbeitszeitgestaltung und garantierte Ruhephasen – das gibt es mittlerweile auch für Thomas Urbanek. »Wir haben besseres Arbeitsmaterial und mehr Kollegen bekommen«, sagt er. »Heute mache ich kaum noch Überstunden. Gesundheitlich geht es mir seither viel besser.«

Jan.Chaberny@igmetall.de



Foto: Thomas Range

Beschäftigte von Loewe mauern einen Ofen im Thyssen-Krupp-Stahlwerk feuerfest aus.

Auch über Werkvertrag ist saubere Arbeit möglich

Der Industrieofenbauer Loewe arbeitet als Dienstleister für das Stahlwerk von Thyssen-Krupp in Duisburg – mit Betriebsrat, Tarif und guten Löhnen.

Mit dem Presslufthammer zertrümmern die Beschäftigten des Industrieofenbauers Loewe die meterdicke steinharte Schlacke an den Wänden und Rohren des Hochofens. Dann mauern sie die feuerfeste Auskleidung des Ofens neu. Dabei müssen sie sehr sorgfältig arbeiten. Das Mauerwerk darf keine undichte Stelle haben, sonst tritt Hitze aus und der Ofen muss wieder abgeschaltet werden.

Alle ein bis zwei Monate ist jeder Ofen im Stahlwerk von Thyssen-Krupp in Duisburg fällig. Seit 50 Jahren erhält Loewe dazu Aufträge von Thyssen-Krupp: per Werkvertrag – aber mit Betriebsrat, strengen Arbeitsschutzregeln und Löhnen nach dem Baurarif von mindestens 17,07 Euro.

Unter schwarzen Schafen Doch viele andere der fast 1000 Fremdfirmen, die täglich über Werkverträge für Thyssen-Krupp im Stahlwerk arbeiten, haben weder Betriebsrat noch Tarifvertrag. Dadurch können sie bei Ausschreibungen von Aufträgen die fairen Firmen unterbieten. Die Zeche zahlen die Beschäftigten: Einige haben keine Schutzausrüstung. Andere schieben Doppelschichten in zwei unterschiedlichen Werken.

Eine zentrale Frage ist, nach welchen Kriterien die Auftraggeber die Werkver-

träge vergeben. Meist erhält einfach der billigste Anbieter den Zuschlag.

Immerhin: Bei Thyssen-Krupp Steel ändert sich das gerade. Die IG Metall und der Betriebsrat helfen den Beschäftigten bei Werkvertragsfirmen, Tarifverträge durchzusetzen. Das Unternehmen hat ein Management für Nachunternehmen aufgebaut, das die Einhaltung von Mindeststandards bei den Werkvertragsfirmen kontrolliert.

Auch der Subunternehmer Loewe selbst hat seit rund zwei Jahren ein Nachunternehmermanagement. Firmen, an die Loewe Arbeit weiterreicht, müssen die gleichen Arbeitsschutzregeln anwenden und mindestens den gleichen Tarif zahlen.

Ein Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen, wie von Union und SPD im Koalitionsvertrag versprochen, würde helfen: den sauberen Firmen wie Loewe und ihren Beschäftigten, aber auch den Beschäftigten bei den unfairen Firmen, die dann endlich die Chance auf faire und saubere Arbeit bekommen. Im Sommer soll es endlich so weit sein: Dann soll das Gesetz in den Bundestag gehen.

Hintergründe, Positionen und weitere aktuelle Beispiele zu industriellen Dienstleistungen und Werkverträgen:

► fokus-werkvertraege.de

»Wenn alle

Arbeitsmarkt Welche Chancen haben Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt? metallzeitung sprach mit dem neuen Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Welche Erwartungen haben Ihrer Meinung nach Geflüchtete an den deutschen Arbeitsmarkt?

Detlef Scheele: Die Menschen sind motiviert, schnell Arbeit zu finden. Sie wissen, dass das der Schlüssel für ihre Zukunft ist.

Wie realistisch ist es denn, dass die rund eine Million Geflüchteten hier einen Arbeitsplatz finden?

Scheele: Da müssen wir realistisch bleiben: Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht 10 Prozent in Beschäftigung kommen können, nach 5 Jahren die Hälfte, nach 15 Jahren kann die Beschäftigungsquote auf bis zu 70 Prozent anwachsen.

Wie viele sind es dann genau?

Scheele: Wir gehen davon aus, dass dem Arbeitsmarkt 2016 etwa 350 000 Erwerbsfähige zusätzlich zur Verfügung stehen. Aber bis sie Arbeit haben, werden einige Jahre ins Land gehen. Wir rechnen im Durchschnitt mit rund fünf Jahren bis zur Einmündung in eine Ausbildung.

Warum wird es denn für die meisten so lange dauern?

Scheele: Es liegt nicht am Willen der Geflüchteten, der Arbeitgeber oder gar unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern. Im Gegenteil, alle Beteiligten tun ihr Bestes. Aber es gibt viele Gründe, die den Geflüchteten keinen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Welche?

Scheele: Die Menschen brauchen gute Deutschkenntnisse, um auf einem Arbeitsplatz zu bestehen. Bis man ein Sprachniveau erreicht, das eine Einarbeitung, die Teilnahme an der Berufsschule

mitmachen, klappt es«

oder anderen Qualifikationen ermöglicht, dauert es unseren Erfahrungen nach mindestens acht Monate, eher länger.

Deutschkenntnisse hatten die Gastarbeiter in den 1960er-Jahren doch auch nicht, als sie zu uns kamen ...?

Scheele: ... eben und das war falsch. Damals waren es ungelernte Tätigkeiten, die gefragt waren. Diese Zeiten sind vorbei. Und: Von Helfertätigkeiten können Menschen heutzutage auf Dauer nicht gut leben.

Was halten Sie von der Idee des rechten CDU-Flügels, den Mindestlohn für Flüchtlinge zu senken?

Scheele: Ich halte nichts von weiteren Ausnahmen.

Wie kann die Bundesagentur für Arbeit Geflüchteten helfen, sich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Scheele: Zunächst einmal wurden unsere finanziellen Mittel mit zusätzlichen 250 Millionen Euro kräftig aufgestockt. Wir haben 2800 zusätzliche Stellen geschaffen. Damit sind wir auf die zusätzlichen

350 000 Arbeitssuchenden gut vorbereitet. Wir können es schaffen – aber nur gemeinsam mit allen Partnern.

Stimmt es, dass die Jobcenter über viel zu wenig Dolmetscher verfügen?

Scheele: Wir suchen händierend Dolmetscher. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern müssen herausfinden, welche beruflichen Qualifikationen vorhanden sind. Oft gibt es keine Zeugnisse oder Dokumente. Doch selbst wenn Abschlüsse vorliegen, sind nicht alle Probleme gelöst. Ausbildungs- und Sozialsysteme sind in Syrien, Afghanistan oder im Irak völlig anders als bei uns. Auch wenn jemand viele Jahre im Irak erfolgreich als Schreiner gearbeitet hat, heißt das noch lange nicht, dass er hier mit einer modernen Holzbearbeitungsmaschine zurechtkommt. Deshalb pilotieren wir ab dem dritten Quartal bundesweit ein Kompetenzerfassungssystem.

Was ist das?

Scheele: Hierbei sollen technologiebasierte Tests die berufsrelevanten Kompetenzen von unter anderem Geflüchteten

feststellen. Die Ergebnisse geben Aufschluss über weiteren Qualifizierungsbedarf und helfen den Vermittlungsfachkräften, die fachlichen Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber besser einzuschätzen. Die Kompetenzfeststellung bleibt Sache der zuständigen Stellen.

Konkurrieren Geflüchtete mit den Langzeitarbeitslosen eigentlich direkt um Jobs?

Scheele: Nein. Das sind in der Regel völlig verschiedene Personengruppen. Niemand muss Konkurrenz fürchten. 350 000 zusätzliche Erwerbsfähige bei mehr als 31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt – das sind zu wenig, um von Konkurrenz sprechen zu können.

Was halten Sie vom Vorschlag der IG Metall, ein Integrationsjahr einzuführen?

Scheele: Wir finden diese Idee sehr gut und unterstützen sie. Die dafür notwendigen Programme sind ja bereits bei uns vorhanden.

Zum Beispiel?

Scheele: Zum Beispiel der Eingliederungszuschuss oder das Programm zur Einstiegsqualifizierung von Jugendlichen. Mit diesen Programmen können Geflüchtete Ausbildung und Einkommenserzielung miteinander verbinden. Auch die Bundesagentur für Arbeit setzt auf nachhaltige Qualifizierung. Das von der IG Metall vorgeschlagene Integrationsjahr – also die Kombination von Arbeit und Lernen – kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Welche Rolle spielt die Gewerkschaft in den Betrieben?

Scheele: Betriebsräte und Vertrauensleute sind sowohl für Geflüchtete, aber auch für Langzeitarbeitslose ein wichtiger Sozialpartner im Betrieb. Sie können die Integration im Betrieb begleiten und Arbeitsprozesse und Arbeitskultur erklären.

Was wünschen Sie sich für 2016?

Scheele: Ich würde mich freuen, wenn wir am Ende des Jahres weiterhin weniger als drei Millionen Arbeitslose hätten.

Susanne.Rohmund@igmetall.de



Mehr Wissen

Die IG Metall will Arbeit und Lernen verbinden und fordert ein betriebliches Integrationsjahr. Es soll Geflüchteten ein finanziell selbstständiges Leben ermöglichen und ihnen trotzdem Zeit geben, die Sprache zu lernen und mehr über ihre neue Heimat zu erfahren. Mehr Informationen zum Integrationsjahr und warum die IG Metall keine Lohnkonkurrenz zu anderen Arbeitssuchenden schaffen will, gibt es hier:

igmetall.de
Suche: »Integrationsjahr«



Detlef Scheele, 59, ist seit Herbst neues Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. Davor war er in Hamburg Sozialsenator. Scheele, seit Jahrzehnten SPD-Mitglied, gilt als pragmatischer Realist, der klare Worte spricht.



Die IG Metall fordert ein Integrationsjahr. Das soll für anerkannte Geflüchtete, aber auch Langzeitarbeitslose oder junge Menschen ohne Abschluss eine Brücke in den Job bauen.



Wir für mehr Die IG Metall fordert fünf Prozent mehr Geld für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie und will in dieser Tarifrunde wieder mehr Beschäftigte in den Tarifvertrag holen. Die Arbeitgeber nennen die Forderung wirklichkeitsfremd und drohen, ein hoher Tarifaabschluss werde Arbeitsplätze kosten und mehr Produktion ins Ausland verlagern. Die IG Metall hält mit Fakten dagegen. Doch Argumente werden auch in dieser Tarifrunde nicht reichen.

Der geringeren Kosten wegen ins Ausland? Ulrich Kunz kann sich nicht erinnern, dass sein Arbeitgeber jemals Produktion verlagert hat, weil Beschäftigte anderswo auf der Welt weniger verdienen. »Wenn wir nach Asien, Amerika oder ins europäische Ausland gehen, dann nicht der Kosten wegen, sondern weil unsere Kunden dort sind«, sagt der Betriebsratsvorsitzende des Autozulieferers Kirchhoff in Iserlohn. Das jüngste Beispiel, das Kunz einfällt,

ist ein VW-Transporter, für den Kirchhoff Teile liefert. Der Autohersteller baute eine Produktion in Polen auf und der Zulieferer ging mit.

Was Kunz beschreibt, trifft auch auf andere Unternehmen zu. Laut einer Studie der Deutschen Industrie- und Handelskammern nahmen Investitionen im Ausland aus Kostengründen seit 2003 deutlich ab. Die mit Abstand wichtigsten Gründe für den Schritt ins Ausland waren 2015 Vertrieb und Kundendienst mit 46 Prozent und die Markterschließung mit 31 Prozent.

Kunzes Arbeitgeber, Arndt Kirchhoff, spricht dagegen von einer spürbaren Erosion in der Produktion der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen. Mit anderen Arbeitgebervertretern warnt der Präsident des Arbeitgeberverbands Nordrhein-Westfalen, Metall NRW, die IG Metall vor hohen Lohnforderungen. Sie würden Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gefährden.

Angesichts einer Nettoumsatzrendite von 3,6 Prozent und einem Beschäftigungsrekord von 3,8 Millionen in der Metall- und Elektroindustrie im

Nach 20 Jahren holten sich die Beschäftigten bei Zeppelin in Rödermark wieder einen Tarifvertrag. Das war möglich, weil über die Hälfte in die IG Metall eintrat. Betriebsrat Sydlik (rechts) muss nun nicht mehr knien.

So geht's zurück zum Tarif

Die Beschäftigten von Zeppelin Systems (vormals Reimelt) im hessischen Rödermark haben endlich wieder einen Tarifvertrag – nach 20 Jahren Tariflosigkeit.

Damals hatte der Seniorchef an den Junior übergeben. Der hielt wenig von Tarifverträgen und trat aus dem Arbeitgeberverband aus. Danach wurde der Betrieb von einer Holding an die nächste verkauft. Immer öfter sollten die Beschäftigten verzichten, auch mal ein paar Stunden umsonst arbeiten. Gehaltserhöhungen gab es kaum noch. Erst mit dem neuen Eigentümer Zeppelin änderte sich etwas.

»Generell musstest Du vor der Zeppelin-Zeit als Betriebsrat immer auf die Knie gehen und sagen: Bitte bezahlt doch mal wieder etwas mehr. Und dann hieß es: Zurzeit geht es nicht«, erinnert sich der Betriebsratsvor-

sitzende Norbert Sydlik. Nachdem eine Lohnerhöhung ausgeblieben war, stellte er sich in einer Betriebsversammlung vor die Beschäftigten und erklärte: »Unterstützt uns jetzt und tretet in die Gewerkschaft ein – sonst braucht Ihr Euch nicht mehr bei uns zu beschweren, dass Ihr zu wenig verdient.«

Innerhalb weniger Wochen stieg der Anteil der IG Metall-Mitglieder von knapp 20 auf über 50 Prozent – und weiter. Genug, um der IG Metall das Mandat für Tarifverhandlungen zu geben – und notfalls dafür streiken zu können.

Bei zwei Aktionen zeigten die Beschäftigten Flagge, dann war es so weit: Gemeinsam mit der IG Metall Offenbach setzten sie den Tarifabschluss durch. Er bringt stufenweise höhere Löhne, Weihnachts- und Urlaubsgeld, kürzere Arbeitszeiten und Altersteilzeit. In acht Jahren werden die Zeppelin-Beschäftigten wieder auf dem Niveau des Metallflächentarifs sein.

Foto: Frank Rumpfenhorst

vergangenen Jahr kann für Jörg Hofmann von mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland keine Rede sein. Der Erste Vorsitzende der IG Metall sieht gewisse Risiken, doch drohen sie vor allem aufgrund sinkender Nachfrage aus dem Ausland. Gerade deshalb sei es jetzt dringend geboten, die Binnennachfrage zu stärken. »Wir brauchen eine angemessene Erhöhung der Löhne, um den stabilen wirtschaftlichen Kurs beizubehalten«, sagt Hofmann. »Es gibt keinen Grund für die konjunkturelle Schwarzmalerei der Arbeitgeber.« Dass die Bedingungen für die Metall- und Elektroindustrie in Deutschland gut sind, bestätigen weitere Daten: Mit der Inlandsproduktion erzielte die Metall- und Elektroindustrie 2013 eine Bruttoumsatzrendite vor Steuern von 6,2 Prozent, die gesamte Bruttoumsatzrendite im In- und Ausland betrug im selben Jahr nur 5,2 Prozent. Nach Zahlen von Gesamtmetall betragen die Direktinvestitionen im Ausland etwa 23 Prozent des inländischen Bruttoanlagevermögens, erwirtschaften aber nur 20 Prozent der Gewinne.

Angesicht der eindeutigen Prognosen aller Wirtschaftsinstitute und den hohen Gewinnen der Unternehmen gibt es für die IG Metall keinen Grund, von ihrer verlässlichen Tarifpolitik der vergangenen Jahre abzuweichen. »Unsere Forderung ist angemessen und verantwortungsvoll. Und sie

ist keine Gefahr für Arbeitsplätze«, sagt Hofmann. »Im Gegenteil: Um das Wachstum zu stabilisieren, müssen Nachfrage und Konsum gestärkt werden.« Denn der Konsum wird laut Prognosen auch in diesem Jahr mit 0,9 Prozent wieder die größte Stütze für das Wachstum der Wirtschaft sein.

Für Kirchhoff-Betriebsrat Kunz liegt es auf der Hand: »Ob Produktion in Deutschland bleibt, hängt nicht von einer Tariferhöhung ab«, sagt Kunz. »Viel entscheidender ist, dass wir gute Leute haben. Die haben wir und sie haben ihren Anteil am Erfolg verdient.« Auch deshalb ist eine Tariferhöhung jetzt notwendig und angemessen.

Großer Druck notwendig Die IG Metall fordert fünf Prozent mehr Geld für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Es spricht eine Menge für die Tarifforderung der IG Metall. Doch bereits im Vorfeld der Verhandlungen begannen die Arbeitgeber massiv gegen eine Tariferhöhung zu wettern. Mittlerweile drohen sie unter anderem mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen oder Verbandsaustritten. Die Art und Weise, wie sie die Forderung der IG Metall kritisieren, macht deutlich, wie stark die Arbeitgeber Widerstand leisten werden. Das zeigte bereits die massive Ablehnung der Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde. Das macht klar: Gute Argumente werden nicht

reichen, um die Forderung durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, in diese Tarifrunde mit aller Stärke zu gehen: Die IG Metall muss in der Tarifbewegung wieder mehr Mitglieder hinzu gewinnen und nach dem Ende der Friedenspflicht mit starker Beteiligung in die Warnstreiks gehen. Nur dann wird es gelingen, die verdiente Tariferhöhung durchzusetzen.

Es geht um Gerechtigkeit In dieser Tarifbewegung geht es um mehr als eine verdiente Tariferhöhung. Die IG Metall will wieder mehr Beschäftigte in den Tarifvertrag holen. Denn nur noch gut 50 Prozent der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie haben einen Tarifvertrag. Für Hofmann ist es die Gerechtigkeitsfrage Nummer eins: »Gerecht geht nur mit Tarif.« Dass es gelingen kann, sich einen Tarifvertrag zu erkämpfen, zeigen viele Beispiele. Ob kleine oder große Betriebe – immer mehr wollen sich nicht länger mit der massiven Benachteiligung abfinden. Nun will die IG Metall gemeinsam mit tarifgebundenen und tariflosen Betrieben in der Tarifbewegung solidarisch dafür eintreten. Für Jörg Hofmann ist die Erhöhung der Tarifbindung ein wichtiges Ziel der Tarifbewegung: »Wir wollen diese Ungerechtigkeit angehen.«

Schritt für Schritt zum Tarif

Für Jutta Meyer gibt es drei gute Gründe, warum sie einen Tarifvertrag will: »Ohne Tarif ist es ungerecht. Zweitens ist es ungerecht. Und drittens ist es ungerecht.« Knapp über dem Mindestlohn verdienen die rund 270 Beschäftigten beim Automobilteilezulieferer Weets Logistik in Emden.

»Zu wenig für ein gutes Leben«, sagt die Betriebsratsvorsitzende. Auf dem platten Land brauchen Pendler ein Auto, Mieten und Nebenkosten steigen, alles wird teurer. Der Arbeitgeber hingegen verlangt immer mehr: Überstunden, flexible Arbeitszeiten. Das Arbeitsklima ist schlecht.

Ein Tarifvertrag könnte vieles verbessern. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg. Jutta Meyer und ihre Kollegen stehen ganz am Anfang: Im vergangenen Jahr wurde ein neuer Betriebsrat gewählt. Das neue Team bringt frischen Wind ins Unternehmen, organisiert Betriebsversammlungen, kümmert sich um die rund 90 Leihbeschäftigten und überprüft den Arbeitsschutz. Deshalb treten auch immer mehr Beschäftigte in die Gewerkschaft ein. Das ist gut so. Denn nur mit vielen Mitgliedern hat der Kampf um den Tarifvertrag eine Chance. Schritt für Schritt wollen Jutta und die Beschäftigten den Weg gehen. Für mehr Gerechtigkeit.

Ohne Tarifvertrag ist alles ungerecht, auf diesen Punkt bringt es Jutta Meyer (Zweite von links). Die Betriebsrätin von Weets Logistik will ihn sich gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen holen.



Foto: Carmen Jaspersen



Sie haben ihn sich geholt: den Tarifvertrag. Gregor Libowski (links) und seine Kollegen bei Bosch Ampack in Königsbrunn.

Foto: Gerhard Blank

Mehr für ein gutes Ergebnis

Den 29. Oktober nennt Gregor Libowski »unseren Unabhängigkeitstag«. An diesem Tag im vergangenen Jahr unterzeichnete sein Arbeitgeber, Bosch Ampack in Königsbrunn, einen Tarifvertrag mit der IG Metall. Sie wollten nicht mehr darauf warten, ob und wann Geld verteilt wird. Jetzt haben sie ein Recht darauf.

Vor drei Jahren übernahm Bosch den Hersteller von Molkereimaschinen, der bis dahin 40 Jahre in Familienbesitz war. »Es war ein patriarchisch geführtes Unternehmen«, sagt Betriebsratsvorsitzender Libowski. »Wer was bekam, legte der Arbeitgeber fest. Zum Teil verdienten Leute für die gleiche Arbeit 500 Euro weniger als andere im Betrieb.« Damals gab es keinen Betriebsrat und die Mitglieder der IG Metall konnten sich in der Kaffeeküche treffen. Nach-

dem Bosch den Betrieb übernommen hatte, organisierten die Metallerrinnen und Metalller eine Betriebsratswahl. Als Nächstes wollten sie sich den Tarifvertrag holen. Dazu mussten sie zunächst mehr werden.

Innerhalb eines Jahres traten so viele der 300 Beschäftigten in die IG Metall ein, dass die Gewerkschaft die Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufnehmen konnte. Viele Kompromisse mussten die Beschäftigten nicht machen. Das haben sie vor allem sich selbst zu verdanken. Denn sie hatten sich innerhalb nur eines Jahres mehrheitlich in der IG Metall zusammengeschlossen. »Im Prinzip ist es ganz einfach«, sagt Libowski: »Je mehr wir sind, desto besser ist das Ergebnis.«

5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in der Tarifrunde 2016. Außerdem will sie wieder mehr Beschäftigte in den Tarifvertrag holen. Der Anteil der Beschäftigten für die ein Tarifvertrag gilt, stagniert seit Jahren bei gut 50 Prozent, mit erheblichen Nachteilen. Sie verdienen deutlich weniger und arbeiten länger als ihre Kollegen mit Tarifvertrag. Das wollen viele nicht länger hinnehmen und holen sich den Tarifvertrag zurück. Wie, das zeigen unsere Beispiele auf diesen beiden Seiten und der vorherigen Doppelseite.

- **Die Verhandlungen** zwischen IG Metall und Arbeitgeberverbänden für die 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie begannen im März in allen Bezirken.
- Die ersten Verhandlungen in den Bezirken begleiteten mehr als 8000 Metallerrinnen und Metalller mit Aktionen.
- Bis Redaktionsschluss am 16. März lag kein Angebot der Arbeitgeber vor.
- **Die Friedenspflicht** endet am 28. April um 24 Uhr. Danach können die Bezirke zu Warnstreiks aufrufen. Über den aktuellen Verlauf könnt Ihr Euch hier informieren:

▶ metall-tarifrunde-2016.de



Siemens: Proteste der Beschäftigten

Siemens plant, Personal im großen Stil abzubauen. Die Pläne haben IG Metall und Beschäftigte in Alarmbereitschaft versetzt: 2000 Arbeitsplätze im Bereich Process Industries and Drives könnten an deutschen Standorten verschwinden. Mit über 1800 Stellen könnte es die bayerischen Standorte wie Ruhstorf, Bad Neustadt und Nürnberg besonders hart treffen.

Birgit Steinborn, Vorsitzende des Siemens-Gesamtbetriebsrats, kritisiert die Pläne als Rückzugstrategie »Raus aus Deutschland«. Diese Strategie gefährde den Produktionsstandort Deutschland. Aktuelles zu Protesten und Widerstand der Beschäftigten:

► dialog.igmetall.de/nachrichten

Lebenswerte und sichere Rente

Versorgungswerk Metall-Rente wächst weiter.

Warum fürs Alter vorsorgen? Für Tim, Metaller und 18 Jahre alt, lohnt sich das Sparen: Er verdient im Monat 800 Euro. Zusätzlich erhält er von seinem Chef 13,29 Euro monatlich altersvorsorgewirksame Leistungen (AVWL). Die AVWL fließen jeden Monat direkt in eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung. Um eine runde Summe zu sparen, legt er aus seinem Azubi-einkommen monatlich noch 6,71 Euro dazu. Dabei spart er den Sozialversicherungsbeitrag in Höhe von 20 Prozent. Somit fehlen Tim am Ende des Monats nur 5,37 Euro im Portemonnaie. Er spart aber schon jeden Monat 20 Euro für später.

Wie Tim geht es vielen Menschen. Sie wollen heute vorsorgen, um im Alter neben der gesetzlichen Rente auf eine zusätzliche Summe

zugreifen zu können. Ob mit altersvorsorgewirksamen Leistungen, ob mit betrieblicher Altersversorgung oder ob mit Riester-Vorsorge: Der Staat – oder wie bei Tim auch der Arbeitgeber – unterstützen beim Sparen. Metallrente, das gemeinsame Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall, hilft dabei. Die Idee: Jeder Beschäftigte soll die Chance haben, seine Zukunft sicher und lebenswert zu gestalten. Als Versorgungswerk großer Branchen sorgt Metallrente für günstige und tarifvertragskonforme Angebote. Unabhängig von der Firmengröße erhalten Metallerinnen und Metaller dieselben Vorsorgekonditionen, die es sonst nur bei Großunternehmen gibt. Außerdem hilft das Versorgungswerk, dass Arbeitgeber den gesetzlichen Anspruch auf Ent-

geltumwandlung und die tarifvertraglichen Regelungen erfüllen.

Vorsorge fürs Alter Der Wunsch nach einem finanziellen Polster im Alter ist groß. Auch deshalb wuchs Metallrente 2015: Rund 44000 Verträge der staatlich geförderten kapitalgedeckten Altersvorsorge wurden im vergangenen Jahr abgeschlossen.

95 Prozent der Beschäftigten entschieden sich für die betriebliche Altersversorgung und 5 Prozent für private Riester-geförderte Angebote. Heribert Karch, Geschäftsführer der Metallrente: »Die guten Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland nach OECD-Angaben heute zur Handvoll der Länder mit den am wenigsten armutsfesten Rentensystemen gehört.«

► metallrente.de

Anzeige

Zulassungsfrei, steuerfrei, TÜV-frei! Nur Mofa-Schild!

Diesel- oder Benzin-Motor; FS-KL 1, 4, 5; A, M, T vor 1989 oder S, AM ab 16 J.; auch KFZ ohne Führerschein nach FeV§§ 4 u. 76

FS-KL S, AM ab 16 Jahre!

FS-KL S, AM ab 16 Jahre!

Ohne Führerschein!

FS-KL S, AM ab 16 Jahre!

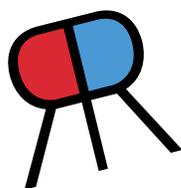
Bitte unverbindlich ausführliche Prospekte anfordern!

GAMMA-FAHRZEUGE MT1, Elmespöten 10, 59602 Rüthen, Tel. 02952/3304, www.gamma-fahrzeuge.de

Das älteste Theaterfestival Europas feiert in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag. Sechs Wochen stehen in Recklinghausen Theater, Kabarett, Akrobatik und Musik auf dem Programm.



Foto: Ruhrfestspiele



Ruhrfestspiele Bei den 70. Ruhrfestspielen Recklinghausen stehen vom 1. Mai bis 19. Juni die Produktionen von Autoren und Regisseuren aus Ländern rund um das Mittelmeer im Fokus.



Zu gewinnen

metallzeitung verlost dreimal je zwei Karten für die Premiere des Stücks »Rocco und seine Brüder« am 4. Juni im Großen Haus. Schreibt bis 15. April eine E-Mail mit dem Betreff »Ruhrfestspiele 2016« an:

▶ metallzeitung@igmetall.de

Unter dem Motto »Mittelmeer – Mare Nostrum?« stellen die Ruhrfestspiele Recklinghausen in diesem Jahr Stücke, Autoren und Inszenierungen unter anderem aus Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, der Türkei, Zypern, Israel, Ägypten und Algerien in den Fokus der Spielzeit. Werke klassischer oder frühneuzeitlicher Autoren wie Homer, Aischylos, Calderón de la Barca oder Goldoni stehen auf dem Programm der Festspielbühne ebenso im aktuellen Gewand wie Bühnenadaptionen von Arbeiten Viscontis oder Pasolinis.

Neben Schauspiel bieten die Festspiele verschiedene Tanz- und Musikproduktionen sowie eine Lesereihe mit prominenten Stimmen, die sich mit dem Kulturraum Mittelmeer auseinandersetzen. Der Mittelmeerraum als Krisenre-

gion, aber auch als Ort der Zuflucht, steht darüber hinaus im Fokus der Auseinandersetzung der zeitgenössischen Dramatik von Sedef Ecer und Shadi Atef über Elfriede Jelinek bis hin zu Christian Lollike.

17 Uraufführungen sind in diesem Jahr zu sehen, wie das neueste Werk von Tankred Dorst. In einer Podiumsdiskussion kommen zudem zwei Friedensnobelpreisträger des tunesischen Dialogquartetts zu Wort. Und mit dem Thalia Theater und dem Deutschen Schauspielhaus sind die Hamburger Theater zu Gast, die 1947 mit ihrem Besuch die Ruhrfestspiele begründeten. Das Konzert der Neuen Philharmonie Westfalen bildet mit Werken von der klassischen italienischen Oper, Evergreens und Rocksongs aus Italien den Abschluss der Festspiele.

70. Geburtstag Die Ruhrfestspiele feiern in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag. 1947 trat die Hamburger Staatsoper in Recklinghausen auf, als Dank an die Bergarbeiter, die ihnen im harten Winter Kohle zugeschoben hatten. Seit 1951 ist der Deutsche Gewerkschaftsbund 50-prozentiger Gesellschafter der Ruhrfestspiele.

Heute sind die Ruhrfestspiele das älteste und zugleich eines der größten und renommiertesten Theaterfestivals Europas. 2016 werden 106 Produktionen in 303 Veranstaltungen und 18 Spielstätten präsentiert. Gewerkschaftsmitglieder erhalten Karten zu einem ermäßigten Preis.

Hier findest Du den Festspielkalender und Infos zu den Eintrittskarten:

▶ ruhrfestspiele.de

Kämpfer mit Herz

Integration Seit seiner Geburt ist Daniel Kinnback gehörlos – das hindert ihn nicht daran, selbstbewusst seinen Weg zu gehen. Jetzt hat der 33-Jährige, der bei VW in Baunatal arbeitet, seine Prüfung zum Logistikmeister bestanden. Am Ziel aber ist er damit noch nicht.

Es gibt immer wieder diese Momente, meist kommen sie aus dem Nichts. Auf einmal ist da jemand, der ihn partout nicht versteht, nicht verstehen will. Der so tut, als könne man mit ihm nicht richtig kommunizieren, sich nicht verständigen – bloß weil Daniel Kinnback gehörlos ist und es daher wichtig für ihn ist, seinem Gegenüber in die Augen zu blicken, dessen Mimik lesen zu können. Für manche aber ist das schon zu viel an Zuwendung. Und Daniel Kinnback? Der lässt sich von so jemanden nicht groß beeindrucken. »Wer mich nicht verstehen will, muss mich nicht verstehen«, sagt der 33-Jährige. »Ich gehe meinen Weg, nur so erreicht man das Ziel.«

Aber halt, stopp: Hat er das denn? Sein Ziel erreicht?

Nein, sagt er, das hat er nicht. Obwohl man es ja denken könnte: Im Dezember legte Daniel Kinnback erfolgreich die Prüfung zum Logistikmeister ab. Im Bereich der Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg, zu der rund 74000 Mitgliedsunternehmen gehören, ist er damit der erste Gehörlose, dem das gelungen ist.

»Am Ziel bin ich aber nicht. Ich will beruflich noch weiterkommen«, sagt der junge Mann nun im Konferenzraum des Original-Teile-Center (OTC) von VW in Baunatal, wo er als sogenannter Monitorer für einen ganzen Bereich in der Auftragssteuerung zuständig ist: Er führt ein Team von 15 Kollegen, erstellt Dienstpläne, er ko-

Foto: Heiko Meyer



Daniel Kinnback an seinem Arbeitsplatz im Original-Teile-Center (OTC) von VW in Baunatal. Der 33-Jährige ist hier für einen ganzen Bereich in der Auftragssteuerung zuständig.

ordiniert den Einsatz der Mitarbeiter. Wenn man ihn jetzt am frühen Vormittag so reden hört über sich und seine Arbeit, die er im Jahr 2000 mit einer Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik bei VW begonnen hat, darüber, wie es ist, als Gehörloser im Arbeitsleben zu stehen, weiß man, dass er auch seinen weiteren Weg meistern wird. Er hat ja bereits einen langen Weg erfolgreich zurückgelegt.

Seit seiner Geburt hört Daniel Kinnback nahezu nichts. Tiefe und hohe Töne nimmt er wahr, Stimmen hört der 33-Jährige »wie durch Watte«. Das bedeutet nicht, dass er sich nicht verständigen, dass er mit den Kolleginnen und Kollegen nicht kommunizieren könnte – im Gegenteil: Daniel Kinnback trägt Hörgeräte, eine sogenannte Mikroport-Anlage

verstärkt dazu die Töne in seinem Umfeld. Wichtig ist vor allem, dass er Blickkontakt hat, den Menschen ins Gesicht schauen, ihre Mimik sehen und, so nötig, von

Lippen lesen kann. Anstrengend aber sind Teambesprechungen. Es hilft, wenn sich alle Kollegen im Halbkreis gruppieren, damit Daniel Kinnback sie beim Sprechen sehen kann. Und besonders achtsam muss er im Umgang mit Maschinen und mit Gabelstaplern sein, da scannt er die Umgebung, damit es nicht gefährlich wird. Ansonsten? »Ansonsten versuche ich, ohne Hilfsmittel auszukommen«, sagt Daniel Kinnback. »Das habe ich schon als Kind geschafft.«

Als Kind besucht er einen normalen Kindergarten, seine Eltern wollen ihn danach auf eine normale Schule schicken, schließlich aber kommt er doch auf eine Schule für Hörgeschädigte, kleine Klassen, intensive Betreuung. Und trotzdem: In seiner Freizeit spielt Daniel Kinnback mit

Kindern, die nicht gehörgeschädigt sind. Er will dabei sein, mittendrin, er sagt, er sei schon immer ein »Team-Spieler« gewesen – und beim Handball zeigt sich besonders augenfällig, was für ein virtuoser Mannschaftsspieler Daniel Kinnback ist: Seit 2004 gehört er der Handballnationalmannschaft der Gehörlosen an. Dreimal Olympia-Bronze, zweimal EM-Bronze und einmal EM-Silber haben sie bislang errungen, im Mai fahren sie zur Europameisterschaft nach Berlin. »Beim Sport ist es wichtig, sich nicht unterkriegen zu lassen«, sagt Daniel Kinnback, »genau das muss man bei Problemen im wirklichen Leben tun.«

Bei der Fortbildung zum geprüften Logistikmeister etwa, mit der er 2013 begann, tauchten anfangs Probleme auf. »Je

komplexer die Erklärungen der Dozenten wurden, je umfangreicher die schriftlichen Aufgaben wurden, desto mehr Mühe machte es mir, den Inhalten zu folgen.« Daniel Kinnback aber gab

nicht auf – er ging zu Jörg Ebert von der Schwerbehindertenvertretung des VW-Werks, gemeinsam organisierten sie Hilfe. Ein Gebärdensprachdolmetscher unterstützte ihn temporär bei Diskussionen, bei der schriftlichen Abschlussprüfung bekam er Fragen, die in eine für gehörlose Menschen besser verständliche Sprache umformuliert wurden. »Das hat mir sehr geholfen«, sagt der 33-Jährige, »ich konnte mich ganz auf mein Ziel konzentrieren.«

Und seine nächsten Ziele? Ach, da gebe es einige. In der Lagerplanung arbeiten, zum Beispiel, könne er sich gut vorstellen. »Aber es gibt ja auch noch ein Privatleben«, sagt Daniel Kinnback – und auch da sei viel los. »Meine Verlobte und ich haben ein Haus gebaut. Da ist immer viel Arbeit.«

Jan.Chaberny@igmetall.de

»Ich lasse mich nicht beirren, ich gehe meinen Weg. Ich weiß, was ich kann, und ich weiß auch, dass ich noch nicht am Ziel bin. Ich will noch was erreichen.«



Mehr Wissen

Schätzungen zufolge leben in Deutschland etwa 80 000 Gehörlose. Nicht hören zu können bedeutet oft einen weitgehenden Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben. Wichtig ist daher, dass Gehörlosen gerade im Arbeitsumfeld ermöglicht wird, barrierefrei zu kommunizieren. Die zuständigen Integrationsämter beraten in allen mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zusammenhängenden Fragen. Bei der Einstellung gehörloser Beschäftigter kann die Schwerbehindertenvertretung wichtige Beiträge zur gelungenen Integration leisten – indem sie zum Beispiel auf eine angepasste Gestaltung der Arbeitsplätze drängt, eine ausgeweitete Gefährdungsbeurteilung durchsetzt oder für gute Ausleuchtung des Arbeitsumfeldes sorgt.

Nichts für die »kleinen Leute«

Parteien Der Göttinger Demokratieforscher Alexander Hensel hat sich vor den drei Landtagswahlen intensiv mit der AfD und ihren Positionen befasst.

Wie erklären Sie sich das politische Hoch der Alternative für Deutschland?

Alexander Hensel: Derzeit vor allem mit der Zuspitzung der Flüchtlingsproblematik. Die AfD besetzt radikale Positionen, die die CDU, vor allem Angela Merkel, nicht abdecken kann und will.

Ihre Wähler sind aber nicht alle ehemalige Anhänger von CDU und CSU.

Hensel: Bei vergangenen Wahlen kamen sie von allen Parteien, vor allem aber von der Union und aus der Gruppe der Nichtwähler. Die AfD sammelt von der Politik Enttäuschte. Sie bietet zwar keine Lösungen der Probleme, aber ein Ventil, Protest zu artikulieren.

Was lässt sich sonst über die Sympathisanten sagen?

Hensel: Es sind zu 70 Prozent Männer, meist zwischen 30 und 60 Jahren, mit niedriger oder mittlerer Bildung. Laut Umfragen sind sie besonders verunsichert durch die Flüchtlingskrise und haben extrem wenig Vertrauen in die etablierte Politik. Gerade im Osten inszeniert sich die AfD erfolgreich als Partei der kleinen Leute.

Was hat sie den kleinen Leuten anzubieten?

Hensel: Nicht viel. Sie ist im Kern wirtschaftsliberal. Sie kritisiert zwar den Missbrauch von Leiharbeit, will den Sozialstaat aber nicht ausbauen. Auch spricht sie sich meist gegen den Mindestlohn aus. Statt Ungleichheiten in der Gesellschaft zu bekämpfen, weist sie nur auf Bedrohungen des Volks von außen hin.

Wodurch sieht die AfD das deutsche Volk denn bedroht?

Hensel: Durch Einwanderer, vor allem islamisch geprägte, aber auch zum Beispiel durch neue Lebensformen. Die AfD reagiert mit Vorstellungen der Vergangenheit auf den gesellschaftlichen Wandel. Das zeigt sich etwa in der Frauen- und Familienpolitik. Sie wendet sich gegen andere Arten des Zusammenlebens als der Familie aus Vater, Mutter und Kindern, also etwa gegen die Homosexuellen-Ehe. Sie ist für traditionelle Erziehungsmodelle und gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben.

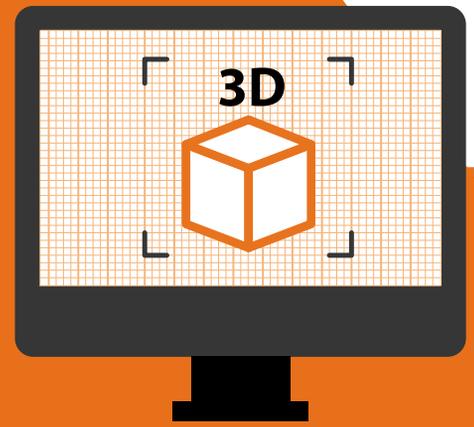
Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Alexander Hensel und weitere Wissenschaftler des Göttinger Instituts für Demokratieforschung haben die AfD in einer Studie für die Otto Brenner Stiftung untersucht, Titel: »Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale«. Nachzulesen unter:

otto-brenner-stiftung.de

3D DRUCK

Digitalisierung Industrieller 3-D-Druck wird in den kommenden Jahren viele Wirtschaftszweige grundlegend verändern. Wo bislang gegossen, geschmiedet oder gefräst wurde, kommt immer öfter das sogenannte Laserschmelzverfahren zum Einsatz. Der Luftfahrtzulieferer Premium Aerotec hat jetzt eine eigene Produktionshalle für den 3-D-Druck von Flugzeugteilen aus Titan eröffnet – und das ist erst der Anfang. *Von Jan Chaberny*



3-D-CAD-Daten

Neun Uhr morgens, ein kalter, regnerischer Tag in Varel. Thomas Busch hat sich seine dicke Jacke angezogen, jetzt läuft er einmal quer über das Werksge­lände von Premium Aerotec zur Halle 35, links neben dem Eingang ist ein Schild, »Additive Fertigung« steht darauf. »Als ich das erste Mal davon gelesen habe, wusste ich, dass es kommen wird«, sagt Thomas Busch, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende. »Aber nie hätte ich gedacht, dass es so schnell kommt.« Dann betritt er die Halle. In Halle 35 kommen Flugzeugteile aus dem Drucker.

Auf den ersten Blick sehen die drei Maschinen aus wie überdimensionierte Rechenanlagen: rechteckige Kästen, silberne Fronten, auf Sicht­höhe ein Display, ein paar Knöpfe, eine Glas­scheibe, fertig. Wenig spektakulär, könnte man denken – und würde sich irren.

Anfang des Jahres hat der Luftfahrt­zulieferer Premium Aerotec am Standort in Varel, hier in Halle 35 eine erste eigene Produk­tionshalle für den 3-D-Druck von Flugzeugbauteilen aus Titan eröffnet. An den drei Maschinen findet industrielle Serien­fertigung von Bauteilen nach dem Prinzip der additiven Fer­tigung statt – und das, sagt Thomas Busch, sei keine technische Weiterentwicklung wie es sie zu jeder Zeit gebe. »Es ist eine neue Fertigungsweise, die große Möglichkeiten bietet.« Das ist keine Übertreibung, das ist eine präzise Beschreibung. Begreif-

bar wird sie, wenn man sich etwa das kleine Bau­teil anschaut, das Thomas Busch jetzt zeigt: ein doppelwandiger Rohrkrümmer, der später im Treibstoffsystem des Transportflugzeugs A400M eingebaut wird. Bisher entstanden diese komple­xen Bauteile aus einzelnen Gussbaustücken, die erst noch miteinander zusammengeschweißt werden mussten, damit aus ihnen ein fertiger Rohrkrümmer entsteht. Eine aufwendige Arbeit. Die additive Fertigung, die mit dem Einsatz von 3-D-Druckern möglich ist, bringt dagegen so­wohl Zeit- als auch Kostenvorteile. Der bislang notwendige Guss und das Verschweißen der Gussteile erfolgt mit 3-D-Druckern in einem einzigen Schritt. Das spart Zeit. Kosten lassen sich reduzieren, weil das Gewicht der Bauteile, bei gleicher Stabilität, viel geringer ist.

Additive Fertigung kann deshalb für Unternehmen extrem lukrativ sein. Bislang hat die Technik zwar noch nicht auf breiter Front Einzug in die Produktionshallen gehalten, immer mehr Betriebe arbeiten allerdings mit 3-D-Druckern und investieren in ihre Entwick­lung – vor allem die Luftfahrtbranche ist einer der Vorreiter auf dem Gebiet der industriellen additiven Fertigung. 3-D-Druck hat das Poten­zial, den Flugzeugbau umzuwälzen, ihn womög­lich zu revolutionieren: Triebwerksentwickler

wie Rolls-Royce und MTU erforschen die Pro­duktion gedruckter Antriebsschaufeln, der briti­sche Luftfahrtkonzern BAE Systems hat bereits Kleinteile für den Kampfjet Tornado gedruckt, der Airbus-Konzern will in den kommenden zwei Jahren in die Serienproduktion von Bauteilen so­wohl aus Titan wie auch aus Edelstahl und Alu­minium einsteigen. »Mit dem 3-D-Druck lassen sich komplexe Geometrien und biometrische Fi­guren herstellen, Bauteile, die von der Natur in­spiziert sind«, sagt Thomas Busch. »Das bietet enorme Potenziale. Aber es ist auch viel Arbeit.«

Enormes Potenzial Dem ist so: Nichts wäre ja falscher, als anzunehmen, man müsste einfach auf eine Taste drücken und bräuchte dann nichts wei­ter zu machen, als zu warten. »So ein Quatsch«, sagt da Gerold Tetzlaff, »wenn es so einfach wäre, hätte ich ja nichts mehr zu tun.« Gerold Tetzlaff, der hier in Halle 35 zusammen mit zwei Kollegen arbeitet, aber hat viel zu tun, und wenn er davon erzählt, wird deutlich, wie sehr sich seine Tätigkeit schon verändert hat.

Seit 1981 ist der 57-Jährige im Unterneh­men, gearbeitet hat der Metaller all die Jahre über in der Zerspanung, in der Kleinteilfertigung, jetzt aber ist er hier in Halle 35 – und die Arbeit ist eine andere geworden. Vor dem Druck muss Gerold Tetzlaff das Pulver für den Drucker aufbereiten – jeweils 48 Kilo passen in die kleinen Anlagen, zwei Tonnen in die große – und die Druckplatten ein­bauen. Dann muss er dem Rechner Parameter zu­weisen, eine verantwortungsvolle Aufgabe, der eingestellte Para­meter entscheidet über die Laserlei­stung, über die Geschwindigkeit des Lasers, über die Schichtdicke, mit der das Bauteil aufgebaut wird. Ist der Druck fertig, was je nach Objekt bis zu zwei Tagen dauert, muss Gerald Tetzlaff die Bauteile von seinen Stützstruktu­ren befreien.

Das alles hat wenig mit sei­ner ursprünglichen Tätigkeit, dem Zerspanen, zu tun. »Für die



Im Gespräch: Sven Tonn (links), Thomas Busch und Gerold Tetzlaff (rechts).

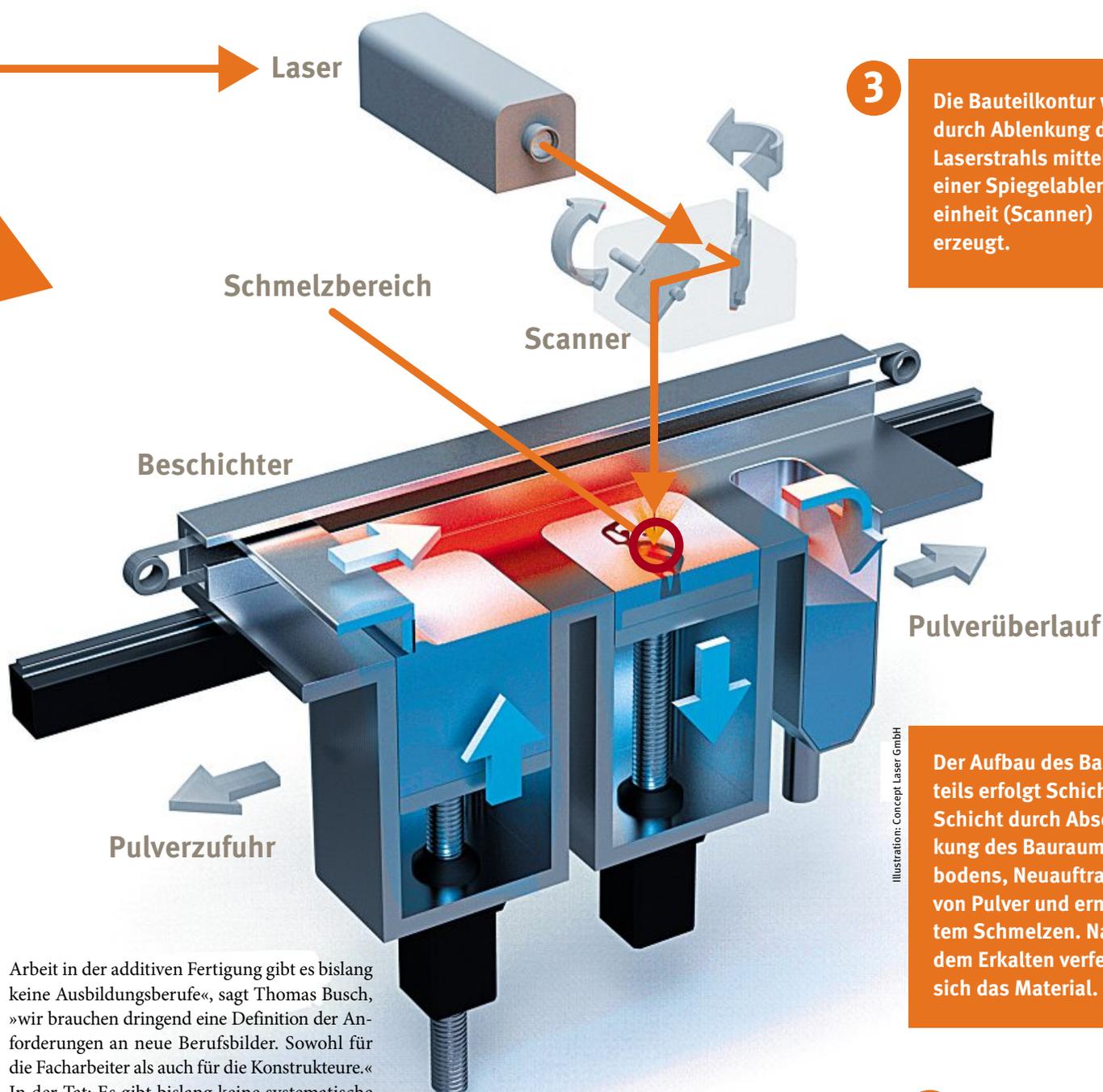
Foto: Carmen Jaspersen

2

Pulverförmiges Metall wird durch einen hoch-energetischen Faserlaser lokal aufgeschmolzen.

3

Die Bauteilkontur wird durch Ablenkung des Laserstrahls mittels einer Spiegelablenkeinheit (Scanner) erzeugt.



4

Der Aufbau des Bauteils erfolgt Schicht für Schicht durch Absenkung des Bauraumbodens, Neuauftrag von Pulver und erneutem Schmelzen. Nach dem Erkalten verfestigt sich das Material.

Illustration: Concept Laser GmbH

Arbeit in der additiven Fertigung gibt es bislang keine Ausbildungsberufe«, sagt Thomas Busch, »wir brauchen dringend eine Definition der Anforderungen an neue Berufsbilder. Sowohl für die Facharbeiter als auch für die Konstrukteure.« In der Tat: Es gibt bislang keine systematische Überprüfung von Ausbildungsordnungen und in der Folge auch keine Integration von Kompetenzen im Umgang mit 3-D-Druck in die Lehrpläne. Auch gibt es nur wenige Lehrgänge oder Möglichkeiten zur Weiterbildung, die sich schwerpunktmäßig mit 3-D-Druck auseinandersetzen. »Wir brauchen speziell ausgebildete Facharbeiter«, sagt Thomas Busch. Die Facharbeiter müssten sowohl Kenntnisse von der Zerspanung und dem Schweißprozess als auch IT-Kompetenzen haben – vor allem aber müssten sie dafür qualifiziert werden, mit einer ganz neuen Fertigungstechnik umzugehen. Neben dem Erwerb maschinenspezifischer Kenntnisse werde es deshalb auch darauf ankommen, Lernmöglichkeiten im Arbeitsprozess selbst durch entsprechende Freiräume zu schaffen. »Um das Potenzial der Technik zu entwickeln, müssen die Beschäftigten gut qualifiziert werden.«

3-D-Druck gibt es bereits seit den 80er-Jahren. Heute werden unter dem Begriff ein halbes Dutzend unterschiedlicher Verfahren zusammengefasst. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Präzision, der Druckgeschwindigkeit, vor allem aber der verwendbaren Materialien. Grundsätzlich werden beim 3-D-Druck dreidimensionale Werkstücke nach vorgegebenen Maßen und Formen schichtweise aufgebaut. Der Aufbau geschieht, je nach Methode, durch physikalische oder chemische Härtungs- oder Schmelzprozesse. Premium Aerotec setzt das Laserschmelzverfahren ein, das hier Schritt für Schritt erklärt wird.

5

Fertiges Bauteil



Die Bewertung im **Arbeitszeugnis**

Recht so Bei der Bewerbung um eine neue Stelle gehört das Arbeitszeugnis zu den wichtigsten Empfehlungen. Was bei Form und Inhalt gilt und welche Noten bestimmte Standardsätze bedeuten, erläutert Tjark Menssen.



Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

Jeder Arbeitnehmer hat bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses einen gesetzlichen Anspruch auf ein schriftliches Arbeitszeugnis. Für den Inhalt ist der Arbeitgeber verantwortlich. Grundsätzlich können Beschäftigte wählen, ob sie ein einfaches Zeugnis erhalten möchten, in dem nur die Art der Beschäftigung und deren Dauer festgehalten wird. Speziell bei kurzen Arbeitseinsätzen reicht dies regelmäßig aus, um die Tätigkeiten zu dokumentieren. Kommt es entscheidend auf die Bewertung der konkret erbrachten Arbeitsleistung und das Verhalten im Betrieb an, sollte man ein qualifiziertes Zeugnis verlangen.

Form und Inhalt Zunächst muss der Arbeitgeber die Anforderungen an die äußere Form für ein Arbeitszeugnis erfüllen. Hierzu gehört, dass es maschinenschriftlich und auf dem üblichen Geschäftspapier erstellt wird. Auch darf die Urkunde keine Rechtschreibfehler, Ausbesserungen oder Flecken enthalten. Einzelne Wörter dürfen weder gestrichen noch unterstrichen noch kursiv oder fett gedruckt sein. Auch Geheimzeichen, wie Häkchen oder Striche, um etwa die Mitgliedschaft des Beschäftigten in der Gewerkschaft zu signalisieren, haben im Zeugnis nichts zu suchen.

Das Ausstellungsdatum muss zeitlich in Verbindung mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses stehen. Der Grund des Ausscheidens ist nur auf ausdrücklichen Wunsch des Beschäftigten zu erwähnen. Das Zeugnis muss eigenhändig vom Arbeitgeber selbst oder von einem beauftragten ranghöheren Vertreter unterschrieben werden. Einen Dank für die Zusammenarbeit und Wünsche für die Zukunft kann der Arbeitnehmer nicht verlangen.

Die Sprache Das Gesetz sieht vor, dass das Zeugnis klar und verständlich formuliert

sein muss. Im Lauf der Zeit hat sich unter den Personalverantwortlichen eine verschlüsselte Sprache entwickelt. Auf den ersten Blick positiv wirkende Formulierungen können – auch in Verbindung mit dem übrigen Inhalt – genau das Gegenteil bedeuten. Ist etwa formuliert, dass die Arbeit »zur vollen Zufriedenheit« oder »stets zur Zufriedenheit« erledigt wurde, bedeutet dies eine durchschnittliche Beurteilung. Beansprucht der Arbeitnehmer eine bessere Schlussbeurteilung wie »gut« oder »sehr gut«, muss er in einem Zeugnisrechtsstreit entsprechende Leistungen darlegen und beweisen können. Andersherum ist es Sache des Arbeitgebers, dem Gericht nachzuweisen, aus welchen Gründen er den Beschäftigten unterdurchschnittlich bewertet hat.

Fristen beachten Wenn einzel- oder tarifvertragliche Ausschlussfristen die Geltendmachung aller Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oder seiner Beendigung innerhalb einer bestimmten Frist vorsehen, zählt hierzu auch der Anspruch auf Zeugnisänderung. Erfolgt innerhalb der Frist kein entsprechendes Verlangen, geht der Anspruch unter. Im Streitfall oder bei Fragen zum Arbeitszeugnis sollten sich Mitglieder deshalb von ihrer IG Metall vor Ort beraten lassen.



Tipp

Arbeitgeber verwenden im Arbeitszeugnis häufig Standardformulierungen. Das Faltblatt »Arbeitszeugnis« des DGB Rechtsschutz beantwortet wichtige Fragen rund um das Arbeitszeugnis. PDF zum Herunterladen unter: dgbrechtsschutz.de
→ Suche: Arbeitszeugnis

Tarifrunde: Wer was beim Streik beachten muss

Dirk Schumann beantwortet Fragen rund um das Recht auf Streik

Die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie haben begonnen. Warum wird noch nicht gestreikt?

Streiks sind erst nach Ende der Friedenspflicht möglich. Friedenspflicht bedeutet: Solange ein Tarifvertrag gilt, darf nicht gestreikt werden. Die gekündigten Entgelttarifverträge enden zum 31. März. Aufgrund der Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung ergibt sich in vielen Tarifgebieten eine Friedenspflicht von weiteren vier Wochen bis zum 28. April.

Wann streikt wer wo?

Die IG Metall-Bezirke planen früh, welche Betriebe in Warnstreiks und – sollten die Verhandlungen scheitern – in Urabstimmung und Erzwingungsstreiks einbezogen werden. Anhand dieser Planung rufen sie Beschäftigte auf, ihre Arbeit niederzulegen.

Kann es arbeitsrechtliche Konsequenzen haben, wenn ich streike?

Folgen Beschäftigte dem Aufruf der Gewerkschaft, werden die Hauptpflichten aus dem Arbeitsverhältnis suspendiert, das heißt, sie gelten für die Zeit des Streiks nicht. Der Arbeitgeber muss Zeiten des Streiks nicht bezahlen. Der Arbeitnehmer hat keine Arbeitspflicht.

Darf ich streiken, auch wenn ich nicht in der Gewerkschaft bin?

Ein Streikrecht für Nichtmitglieder folgt aus der Freiheit zur koalitionsgemäßen Betätigung im Grundgesetz Artikel 9 Absatz 3. Allerdings haben nur Mitglieder einen Rechtsanspruch auf Leistungen des Tarifvertrags und – im Fall eines Streiks – auf Unterstützungsleistungen.

Darf mein Verleiher mich als Leihbeschäftigten in einem Betrieb einsetzen, der bestreikt wird?

Viele Verleiher gehören den Verbänden IGZ oder BAP an. Diese haben sich tarifvertraglich verpflichtet, keine Beschäftigten bei Streiks einzusetzen. Leihbeschäftigte haben zudem ein Leistungsverweigerungsrecht. Sie müssen nicht als Streikbrecher tätig werden.

Darf ich als Leiharbeiter streiken?

Dürfen Verleiher ihre Beschäftigten wegen eines Streiks nicht einsetzen, können sie ihnen für diese Zeit einen anderen Einsatz zuweisen. Bei kürzeren Warnstreiks machen sie davon jedoch oft keinen Gebrauch. Was dann gilt, ist strittig: Die IG Metall ist der Auffassung, dass Leihbeschäftigte einer Warnstreikaktion nicht fernbleiben müssen. Streiken im rechtlichen Sinne dürfen sie aber nur, wenn sie selbst aufgerufen wurden, etwa zu einem Solidaritätsstreik.



Foto: Michael Schinke

Dirk Schumann, arbeitet im Bereich Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main und ist Jurist. Für metallzeitung hat er die wichtigsten Fragen der Beschäftigten rund um das Thema Streik beantwortet.

Als Beschäftigter einer Werkvertragsfirma arbeite ich nur am Band des Kunden. Was heißt ein Streik dort für mich?

Meistens wird die Produktion für die Zeit des Streiks eingestellt – dann kann der Werkvertragsbeschäftigte nicht weiterarbeiten, behält aber seinen Entgeltanspruch. Wenn die Produktion weiterläuft, können sich Beschäftigte der Werkvertragsfirma unter Umständen auf ein Leistungsverweigerungsrecht berufen, wenn ihre Weiterarbeit als Streikbrucharbeit unzumutbar ist. Es hängt aber vom Einzelfall ab.

Können wir in der Tarifrunde streiken, obwohl in unserem Betrieb kein Tarifvertrag gilt?

Gilt im Betrieb ein Anerkennungstarifvertrag, der sich auf die Flächentarifverträge bezieht, ergibt sich häufig hieraus das Recht, zu streiken. Die IG Metall prüft eine Einbeziehung nicht verbandsgebundener Betriebe im Vorfeld. Der Betrieb muss aber zum Streik aufgerufen werden.

Sind Solidaritätsstreiks verboten?

Solidaritätsstreiks sind rechtlich zulässig, wenn sie einen Hauptstreik unterstützen. Die Friedenspflicht aus einem anderen Tarifvertrag steht dem nicht entgegen. Auch zum Solidaritätsstreik muss die IG Metall aufrufen.



Mehr Wissen

Für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie gibt es eine eigene Internetseite.

Hier könnt Ihr Euch regelmäßig über den Verlauf der Tarifrunde, den Stand der Verhandlungen und wie es weitergeht, informieren:

metall-tarifrunde-2016.de



Foto: IG Metall

Nachruf

Ehemaliger Zweiter Vorsitzender Karl-Heinz Janzen gestorben

Der ehemalige Zweite Vorsitzende der IG Metall, Karl-Heinz Janzen verstarb am 12. März im Alter von 90 Jahren.

Karl-Heinz Janzen gehörte zu den Kriegskindern, die die Herrschaft der Nationalsozialisten im Ruhrgebiet erlebte. Der gelernte Modellschreiner trat 1943 in die IG Metall ein. Von da an prägte die Gewerkschaft sein Leben: Er war Vertrauensmann, Gewerkschaftssekretär und Erster Bevollmächtigter der Geschäftsstelle Gummersbach. 1972 wählte ihn der Gewerkschaftstag

zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall. Die Verteidigung des Sozialstaats lag ihm am Herzen. 1986 wurde er zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall gewählt.

Damals wie heute ging es um die Frage, wie der Einzug von Automatisierung und Kommunikationstechnologien Arbeitsplätze verändert oder ob sie dadurch sogar vernichtet werden. Damals waren es die Computer, heute ist es die digitale Vernetzung. Die technischen Möglichkeiten haben sich geändert, aber damals wie heute geht es um

gute Arbeit und gutes Leben. Im Ringen um die Gestaltung des Sozialstaats war Karl-Heinz Janzen die einheitliche Krankenversicherung ein wichtiges Anliegen. Mit gleicher Leidenschaft setzte er sich gegen Eingriffe in das Streikrecht ein. Mit ihm verlieren wir einen Kollegen, der sich sein Leben lang für den sozialen und technischen Fortschritt unseres Landes engagiert hat und die besten Tugenden der deutschen Arbeiterbewegung verkörperte. Wir werden unserem Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Neue Angebote für Mitglieder

Die IG Metall-Servicegesellschaft hat ihr Leistungspaket erweitert. Unter der Marke »metallplus« gibt es neben dem Kraftfahrzeugschutz für IG Metall-Mitglieder jetzt auch eine Privat- und Tierhalterhaftpflicht sowie Hausrat- und Gebäudeversicherung zu fairen Konditionen. Ebenfalls neu: die Zahnzusatzversicherung. Der Kooperationspartner der Servicegesellschaft ist einer der weltweit Führenden in der Branche. Die Experten analysieren den Markt und prüfen die Angebote aller Partner auf Qualität und Preis. »metallplus« unterstützt und berät Metallrinnen und Metaller bei der Überprüfung ihrer Absicherung und erstellt passende – häufig bessere und in der Regel günstigere – Angebote. Interessierte können über das Internetportal Tarife vergleichen und Angebote anfordern oder sich telefonisch montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr unter der Nummer 069 905 59 28 19 beraten lassen.

► igmservice.de/vorsorge

Kindergeld bei Masterstudium

Wenn ein Masterstudium zeitlich und inhaltlich an ein Bachelorstudium anschließt, gehört es zur Erstausbildung und Eltern haben bis zum vollendeten 25. Lebensjahr der Studierenden Anspruch auf Kindergeld. Auch dann, wenn der Sohn oder die Tochter neben dem Studium mehr als 20 Stunden arbeitet. Das hat der Bundesfinanzhof entschieden (VI R 9/15).

Elterngeld Plus

Zeit fürs Baby und die Arbeit

Vereinbarkeit Seit Juli 2015 können Mütter und Väter Teilzeit-Elterngeld beziehen: eine Alternative zum klassischen Elterngeld für alle, die im ersten Jahr nach der Geburt ihres Babys nicht ganz aus dem Beruf aussteigen wollen.

Erwerbstätige Mütter und Väter, die ihre Babys in der ersten Zeit nach der Geburt selbst betreuen, können seit Mitte des vergangenen Jahres zwischen zwei Arten von Elterngeld wählen. Wenn sie eine Zeit lang ganz aus dem Arbeitsleben ausscheiden, können sie zwölf Monate lang das klassische Elterngeld in Anspruch nehmen. Diese Möglichkeit besteht schon länger. Neu ist: Wenn sie nach dem Mutterschutz keine komplette Auszeit nehmen, sondern die Arbeitszeit nur verkürzen wollen, können sie seit Juli 2015 auch das neue Elterngeld Plus erhalten.

Das klassische Elterngeld wird zwölf Monate gezahlt. Nimmt jeder Elternteil mindestens zwei Monate eine Auszeit, dann werden es 14 Monate. Auch Alleinerziehende erhalten 14 Monate Elterngeld. Elterngeld Plus ist eine Alternative für Eltern, die (weiter) in Teilzeit arbeiten möchten. Die neue Leistung gibt es bei einer Arbeitszeit von 15 bis maximal 30 Stunden in der Woche. Es ist weniger Geld, aber die Eltern können es doppelt so lange in Anspruch nehmen wie das klassische Elterngeld, also 24 Monate und länger.

So hoch ist das Elterngeld Für das klassische Elterngeld gilt: Wer weniger als 1000 Euro netto verdient und in der



Zeit fürs Kind haben und Teilzeit arbeiten – das Elterngeld Plus macht es Müttern – und Vätern – möglich.

Elternzeit ganz aufhört zu arbeiten, erhält 100 Prozent des Einkommens als Elterngeld. Bei einem Nettoeinkommen zwischen 1000 und 1200 Euro erhalten Eltern 67 Prozent eines pauschal ermittelten Nettoentgelts der zwölf Monate vor der Geburt des Kindes, danach nur noch 65 Prozent. Berücksichtigt werden nur Einkommen bis 2700 Euro im Monat. Gut Verdienende, deren Entgelt auch bei Teilzeit nicht unter 2700 Euro sinkt, erhalten nur 300 Euro.

Beim Elterngeld Plus füllt die Geldleistung die Lücke zwischen dem vorherigen (Vollzeit-)Entgelt und dem neuen Teilzeitverdienst. Auch in diesem Fall erhalten Eltern 67 oder 65 Prozent – nur eben nicht auf das vorherige Vollzeit-einkommen, sondern auf den Unterschiedsbetrag zwischen Voll- und Teilzeit.

Im Internet gibt es einen Rechner, mit dessen Hilfe Interessierte selbst ermitteln können, wie viel Geld sie bekommen können (siehe Tipp 2).

Partnerschaftsbonus Beim Elterngeld Plus können Eltern zusätzlich von einem »Partnerschaftsbonus« profitieren: Wenn sowohl die Mutter als auch der Vater parallel vier Monate lang nur zwischen 25 und 30 Stunden im Monatsdurchschnitt arbeitet, erhalten sie auf Antrag beide vier zusätzliche Monate Elterngeld Plus.

Alleinerziehende können die Leistung ebenfalls vier zusätzliche Monate beziehen.

Vielfältige Modelle Eltern können beide Modelle kombinieren. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten. So kann zum Beispiel die Mutter sechs Monate ganz zu Hause bleiben und danach zwölf Monate in Teilzeit arbeiten und in dieser Zeit das geringere Teilzeit-Elterngeld bekommen. Danach könnte der Vater vier Monate in Teilzeit gehen. Es könnten auch beide Eltern zu unterschiedlichen Zeiten ganz ausscheiden und das klassische Elterngeld beziehen und beide noch vier Monate aus dem Partnerschaftsbonus hinzufügen.

Wer Anspruch hat Der Anspruch auf das Elterngeld Plus hängt von bestimmten Bedingungen ab. Voraussetzung dafür ist, dass jemand schon länger als sechs Monate im selben Betrieb arbeitet, dass es eine Firma mit (in der Regel) mehr als 15 Beschäftigten ist, dass die Arbeitszeit mindestens für zwei Monate auf 15 bis 30 Wochenstunden verringert wird und dass »keine dringenden betrieblichen Gründe« dagegenstehen.

Nach der Teilzeit haben die Eltern wieder Anspruch auf das vorherige Arbeitsverhältnis und einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Tipp 1

Auf welche Leistungen haben Eltern Anspruch? Diese und andere Fragen rund um die Themen Mutterschutz, Elternzeit, Elterngeld und Teilzeit, hat die IG Metall in ihrem Mitgliederbereich online zusammengestellt. Dort gibt es auch ausführliche Informationen über das Elterngeld Plus. Infos und auch Musterschreiben:

► igmetall.de/eltern

Tipp 2

Wie kann ich erfahren, wie viel Elterngeld Plus mir zustehen würde? Das Bundesfamilienministerium bietet auf seiner Internetseite einen Onlinerechner an, mit dessen Hilfe interessierte Mütter und Väter selbst ermitteln können, wie viel Geld sie monatlich zu erwarten haben. Mehr unter:

► familien-wegweiser.de



Foto: DGB Rechtsschutz GmbH

Die meisten Verfahren führte die DGB Rechtsschutz GmbH 2015 für die Mitglieder der IG Metall.

126 576 Verfahren von Gewerkschaftsmitgliedern

Rechtsschutzfälle 2015 hat der DGB Rechtsschutz bundesweit 126 576 neue Verfahren aufgenommen. Das sind über 2000 Fälle mehr als im Vorjahr.

Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern Rechtsschutz und kostenlose Prozessvertretung bei Streitigkeiten rund um das Arbeits- und Sozialrecht. Dass sich eine Mitgliedschaft für Metallerrinnen und Metalller lohnt, zeigt ein aktueller Fall eines Industriemeisters: Sein Arbeitgeber – ein Produzent von Aggregateträgern – hatte das IG Metall-Mitglied auf einen Schadensersatz von 481 558,11 Euro verklagt. Angeblich hatte er unsauber gearbeitet und dadurch den Schaden verursacht. Das Arbeitsgericht Weiden überzeugte die Argumentation des Arbeitgebers nicht und wies die Klage ab.

Nach dem Arbeitsgerichtsgesetz trägt jede Partei die Kosten für die Rechtsvertretung selbst, unabhängig vom Ausgang des Prozesses. Dem Industriemeister sind als Gewerkschaftsmitglied für die Prozessvertretung keine Kosten entstanden.

Bilanz 2015 Vor den Arbeitsgerichten ging es 2015 vor allem um Entgelt (45 Prozent der Fälle) und um betriebsbedingte Kündigungen (24 Prozent). Den drittgrößten Schwerpunkt bildeten »Sonstige Streitgegenstände« mit mehr als 16 Prozent. Dort sind vor allem die Eingruppierungsfälle gestiegen. Die Verfahren um die betriebliche Altersvorsorge haben sich im Vergleich zu 2014 sogar verdoppelt.

Bei den Sozialgerichten stritten die Juristinnen und Juristen des DGB am häufigsten für Arbeitssuchende bei Klagen über die Grundsicherung (22 Prozent), für Schwerbehinderte, die um ihre Rechte kämpften (22), für Erwerbslose (16) und Rentner (16 Prozent der Fälle).

Von den bundesweit 126 576 Verfahren betrafen insgesamt 35,6 Prozent Mitglieder der IG Metall.

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Die Wege zur neuen Stelle

Fast jede dritte Neueinstellung (29 Prozent) kommt über persönliche Kontakte zustande, meist auf Empfehlung von Beschäftigten. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Jeweils 14 Prozent werden über Zeitungsanzeigen und Arbeitsagenturen vergeben, 23 Prozent über Internetangebote. Ungelernte und Fachkräfte mit mittlerer Qualifikation finden neue Stellen am ehesten über persönliche Kontakte oder Arbeitsagenturen. Akademiker und Beschäftigte mit Spezialqualifikationen werden meist über Internetangebote fündig. Weitere Details der Studie im IAB-Kurzbericht 4/2016:

► iab.de

→ **Suche: Kurzbericht**

Das richtige Studium finden

Bei über 17 000 Studiengängen bundesweit fällt die Wahl schwer. Wichtig ist, sich klarzumachen: Was interessiert mich? Was kann ich? Was will ich später machen? Mit oder ohne Abitur, aber dann fachgebunden? Will ich nur an der Hochschule lernen oder »dual«, also parallel auch im Betrieb? In Vollzeit oder berufsbegleitend in Teilzeit? Finde ich mit meinem Bachelor einen anschließenden Masterstudiengang? Die Hochschulen bieten eine Studienberatung, Informationstage und einige auch ein Probestudium an. Orientierung geben Ratgeber und Tests im Internet:

► hochschulkompass.de

► studis-online.de

► studienwahl.de

Experten im Haus

Anlagenmechaniker Wer sich für moderne Technik interessiert und gern technische Anlagen plant, montiert und instand hält, sollte sich diesen Beruf einmal anschauen: Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Anlagenmechaniker haben viel mit Elektronik zu tun und mit vielen Menschen Kontakt.

Wenn die Heizung nicht funktioniert oder es einen Wasserschaden in der Wohnung gibt, sind sie – hoffentlich – schnell zur Stelle, die Heizungs- und Sanitärspezialisten. Rund 31 000 junge Leute, bisher fast ausschließlich Männer, lernen Anlagenmechaniker für Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik. Die dreieinhalbjährige Ausbildung ist anspruchsvoll, die spätere Arbeit vielfältig.

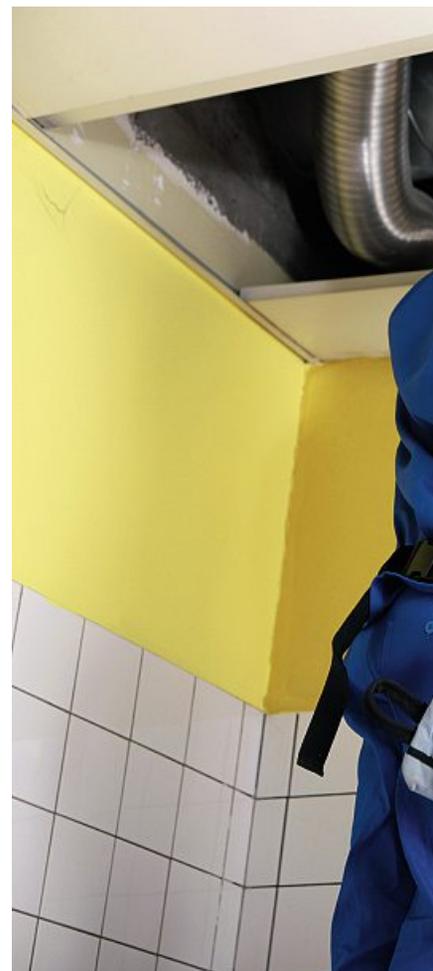
Anlagenmechaniker planen, installieren und reparieren Sanitäreanlagen, Heizungen, Lüftungen und Klimaanlage. Sie sind Experten für Umwelttechnik und erneuerbare Energien wie Erdwärme und Solaranlagen. Sie bearbeiten Anlagenteile von

Hand oder maschinell, prüfen und messen, montieren Rohrleitungen oder kontrollieren, ob Anlagen funktionieren. Neben vielen praktischen Fertigkeiten haben sie Wissen über Bauphysik und -ökologie und kennen sich mit Gesetzen aus, etwa zum Umwelt-, Klima- und Trinkwasserschutz.

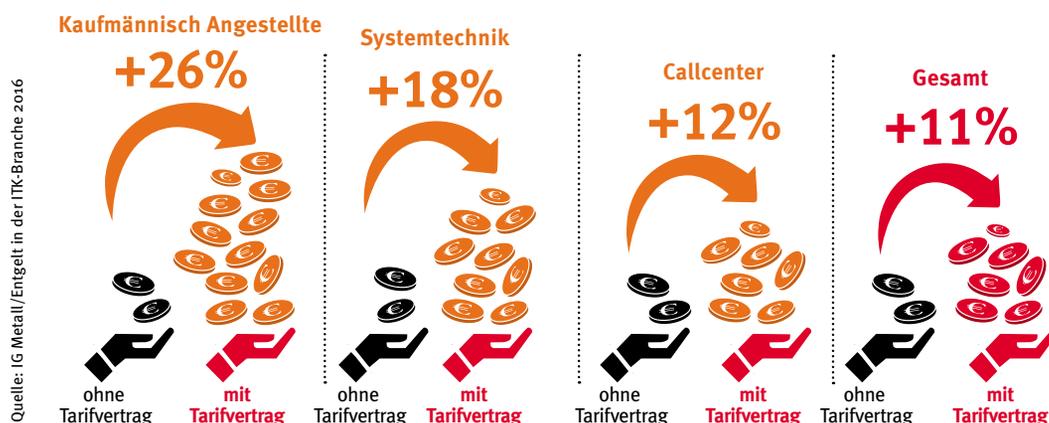
Ab 1. August gilt eine neue Ausbildungsordnung. In ihr werden neue Entwicklungen berücksichtigt, zum Beispiel, dass in der Gebäudetechnik die Elektronik zunimmt. So werden jetzt per Computer gesteuerte Gebäudemanagementsysteme in den Ausbildungsplan aufgenommen.

»Der Beruf ist interessant und abwechslungsreich«, sagt Holger Gosch, der

Anlagenmechaniker haben Lüftungs- und Klimasysteme eingebaut und prüfen, wie sie funktionieren.



Entgeltunterschied in Unternehmen der ITK-Branche in ausgewählten Berufsgruppen



Mehr Förderung für Aufstiegsfortbildung

Aufstiegs-BAföG Wer sich zum Techniker, Meister oder Fachwirt fortbildet, erhält nun mehr Förderung vom Staat.

Der Bundestag weitet die Förderung von Aufstiegsfortbildungen, etwa zum Meister, Techniker oder Fachwirt, ab August deutlich aus – mit bis zu 60 Prozent höheren Zuschüssen als bisher. Aus dem bisherigen »Meister-BAföG« wird das »Aufstiegs-BAföG«, das nun auch Studienaussteiger beantragen können sowie berufserfahrene Beschäftigte ohne Ausbildung, die direkt eine Aufstiegsfortbildung machen.

Mehr Geld Die Kosten der Fortbildung, etwa die Meisterschule, bezuschusst der Staat mit bis zu 40 Prozent (früher 30,5 Prozent). Den Rest könnt Ihr über ein Darlehen der staatlichen KfW-Bank finanzieren. Davon werden Euch wiederum 40 Prozent erlassen (früher 25 Prozent), wenn Ihr die Prüfung besteht.

Außerdem gibt es Zuschüsse zum Lebensunterhalt, die ebenfalls ab August deutlich steigen. Alleinstehende, die Vollzeitkurse besuchen, erhalten bis zu 333 Euro im Monat (früher 238 Euro), Verheiratete mit zwei Kindern bis zu 711 Euro (früher 448 Euro). Zusätzlich gibt es auch hier KfW-Darlehen. Alleinstehende kommen damit auf insgesamt 768 Euro im Monat, Verheiratete mit zwei Kindern auf 1473 Euro im Monat.

Mehr Möglichkeiten Auch für die Aufstiegsfortbildung in Teilzeit gibt es Fördergelder, jedoch höchstens für vier Jahre. Das übrige Einkommen wird angerechnet. Ab August steigen auch hierfür die Freibeträge.

Die Förderung ist unabhängig vom Lebensalter. Zudem fördert der Staat nicht nur die erste Aufstiegsfortbildung, sondern auch eine weitere – etwa wenn ein Fachwirt noch den Betriebswirt dranhängt.

Mehr erfahren und das Aufstiegs-BAföG beantragen (Achtung: Fördersatz teilweise noch auf altem Stand):

► meister-bafog.info



Wer durch eine Fortbildung aufsteigen will, erhält dafür künftig mehr Förderung vom Staat.



Foto: Phovoi R/PantherMedia

diesen Beruf bei der Firma Voss Sanitärtechnik in Kiel ausübt. Als Mitglied im Prüfungsausschuss der Handwerkskammer bringt Metaller Gosch sein Wissen bei Lehrplänen und Prüfungsordnungen in der Aus- und Weiterbildung ein. »Der Beruf ist anspruchsvoll«, weiß er: hochtechnische Anlagen, viel Elektronik, Arbeiten mit dem wichtigen Lebensmittel Wasser, mit brennbaren Stoffen wie Gas, neuen Technologien, Umwelt- und Gesundheitsschutzauflagen.

»So hoch qualifizierte Facharbeit müsste viel besser bezahlt werden«, sagt Gosch. Azubis in tarifgebundenen Betrieben erhalten zum Beispiel in Schleswig-Holstein im Handwerk je nach Ausbil-

dungsjahr 420 bis 600 Euro, in der Industrie fast doppelt so viel: 957 bis 1043 Euro.

Ausgelernte steigen im Handwerk mit 1782 Euro brutto ein, in der Industrie mit 2786 Euro. Nach längerer Berufserfahrung kommt ein Geselle auf 2097 Euro, ein Facharbeiter in der Industrie auf 3074 Euro. »Kein Wunder, dass die Industrie so gut ausgebildete Fachleute abwerben kann«, sagt Gosch. Als Handwerker bedauert er das.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Weitere Informationen zum Beruf:

► berufenet.arbeitsagentur.de → **Beruf/ Suchbegriff: Anlagenmechaniker**

ITK-Branche: mit Tarif elf Prozent mehr Geld

Mit Tarif oder ohne Tarif – hier tut sich auch in der Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche (ITK) eine Kluft auf. In tarifgebundenen Unternehmen verdienen Beschäftigte im Schnitt rund elf Prozent mehr Geld. Das zeigt die neue Erhebung der IG Metall »Entgelt in der ITK-Branche 2016«.

»Nur Tarifverträge sichern eine faire und nachhaltige Entgeltentwicklung in der ITK-Branche«, stellt Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall,

klar. So erhielten Beschäftigte in Betrieben mit Metalltarif im vergangenen Jahr 3,4 Prozent mehr Geld – während die Entgelte in der ITK-Branche insgesamt nur um 1,3 Prozent stiegen.

Die Erhebung liefert detaillierte Informationen zu Gehältern diverser ITK-Jobfamilien sowie deren Entwicklung über die vergangenen Jahre. Für IG Metall-Mitglieder ist die Broschüre günstiger erhältlich:

► igmetall.de/entgelt-in-der-itk-branche



Sudoku

4	9					5		
8		3	4	V			IX	2
5		I			1		4	
	5	8	VII	4			9	
			7		9			VIII
III	4			1		6	5	
	8		1		VI			5
6	IV				3	4	II	7
		7					1	6

Sudokur: raetselstunde.com

- Die Preise im April**
- 1 = I
 - 2 = T
 - 3 = N
 - 4 = D
 - 5 = R
 - 6 = E
 - 7 = R
 - 8 = A
 - 9 = F

Die Preise im April

Erster Preis:
eine Tasche
»Respekt!«

Zweiter Preis:
eine LED-Taschen-
lampe (mini)

Dritter Preis:
ein Zimmer-
mannsbleistift

Einsenden:
Bitte das
Lösungswort bis
24. April 2016
unter Angabe von
Vor-, Nachnamen
und Adresse auf
eine Karte schrei-
ben und per Post
an: Redaktion
metallzeitung,
Preisrätsel,
60244 Frankfurt
am Main. Oder
per E-Mail an:

▶ raetsel@igmetall.de

Die Lösungszahlen in den markierten Feldern als Buchstaben in die entsprechenden Kästchen eingetragen ergeben den gesuchten Begriff.

Lösungswort

I	II	III	IV	V	VI	U	VII	VIII	IX
---	----	-----	----	---	----	---	-----	------	----

›FÜR MITGLIEDER IM INTERNET



Fußball-Europameisterschaft 2016:
Mit dem IG Metall-EM-Planer kein
Spiel verpassen und den Überblick
behalten. Mehr unter:

▶ igmetall.de/em-planer

›ZAHLEN UND FAKTEN IM INTERNET



Alle Daten, Fakten, Informationen
für 2015 gibt es jetzt mit den
aktuellen Tarif Tabellen für die
Eisen- und Stahlindustrie:

▶ igmetall.de/dfi

›DEINE GESCHÄFTSSTELLE



Hier findest Du Deine
IG Metall-Geschäftsstelle:

▶ igmetall.de/vor-ort

›HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied
werden:

▶ igmetall.de/beitreten

›LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
▶ metallzeitung@igmetall.de

›LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zu kürzen, um möglichst
viele Mitglieder zu Wort kommen
zu lassen. Es ist leider nicht möglich,
alle Zuschriften abzdrukken.
Leserbriefe geben nicht die Meinung
der Redaktion wieder.

›IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin:

Susanne Rohmund
(verantwort. i. S. d. P.)

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny,
Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan

Gestaltung:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

▶ igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als
Word- oder PDF-Datei:

▶ metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38

▶ vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus
Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

▶ info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Papier:

metallzeitung erscheint
monatlich. Für Mitglieder der
IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung**
gedruckt wird, besteht zu
70 Prozent aus Altpapier und
zu 30 Prozent aus FSC- und
PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Süddeutschland
und in der Schweiz stammt.